Forum für Community-Organizing e.V.

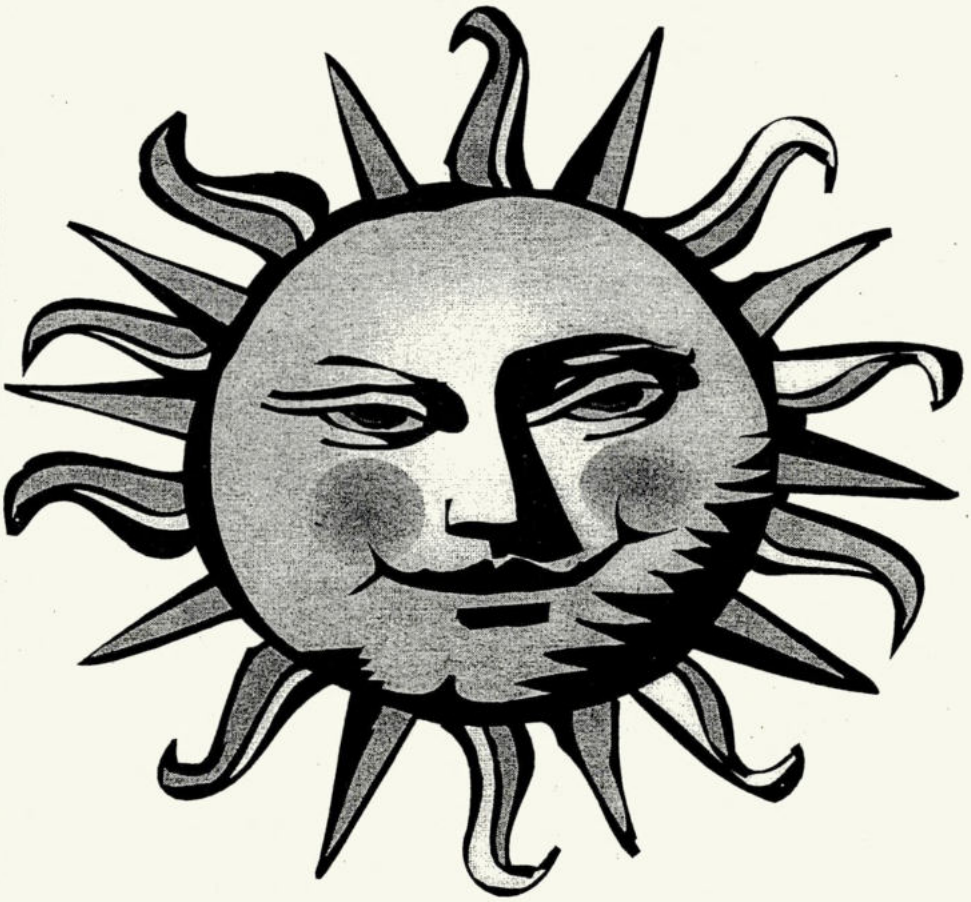
#28

foco-Rundbrief

Juli 2002
Sommer – Doppelausgabe

In dieser Ausgabe:

orwort	2
oco– Tagung in Berlin	3
oco im Netz	4
oco in Wilhelmsburg	5
terview mit W. Goede	6
Stock: *foco* und BAG	7
v. Kietzell: Mogeln Kommunen eim Programm Soziale Stadt?	9
Stock: Bürgerbeteiligung und oziale Stadt, Leipzig	11
Zychlinki: QM und GWA als rtner in der Sozialen Stadt	17
Schaaf: Bewohnerschaften als kteure, Düren	20
hren, Mangold, Mülders: esuch eines Organizers	28
achruf G. Cincotta	29
Rothschuh zu Judy Hertz: folgsgeschichten des CO	30
Richers: Buchtipps	40
Rothschuh: Theorien der eränderung	41



Schwerpunkt: Programm „Soziale Stadt" - BewohnerInnenbeteiligung?

Erfahrungen, Studien, Theorien, Evaluation

foco - Mitgliedsbeitrag und Rundbrief-Abonnement 2002

Für alle, die Ihren Mitgliedsbeitrag bzw. Ihr Rundbrief-Abonnement für das Jahr 2002 – jeweils **26,00 Euro** - noch nicht bezahlt haben, hier noch einmal die Bankverbindung:

Forum für Community Organizing e.V.
Sparkasse Düren
BLZ 395 501 10
Kto. 5364625
Stichwort: Beitrag bzw. Rundbrief.

Übrigens: Bei Erteilung einer Einzugsermächtigung reduziert sich der Mitgliedsbeitrag bzw. das Rundbrief-Abonnement auf **24,00 Euro**.

Einfach formlose Einzugsermächtigung mit Angabe von Adresse und Bankverbindung an:

Lothar Stock
Hanauer Straße 4
63075 Offenbach/M.

Vorwort

Liebe *foco*-Interessierte!

Ich freue mich, dass meinem Ruf nach Beiträgen für den Rundbrief eifrig nachgekommen wurde, so dass sich die Sommerausgabe als Doppelnummer sehen lassen kann - Herzlichen Dank!

Schwerpunkt dieses Rundbriefes sind die Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt" in Leipzig und Düren (L. Stock und H. Schaaf). Dabei wird deutlich, wie unterschiedlich „BewohnerInnenbeteiligung" verstanden wird und Handlungsspielräume für die Menschen vor Ort genutzt werden oder ungeachtet bleiben.

Dieter von Kietzell weist auf Prüfsteine für die „Soziale Stadt" hin; M. Rothschuh geht der Frage nach, ob nicht eine „Theorie der Veränderung" Basis für eine Evaluation der sozialen Stadtteilentwicklung sein müßte.

J. Zychlinski wirbt als Quartiersmanager für die Partnerschaft mit GemeinwesenarbeiterInnen.

Im Interview mit *foco*-Mitglied W. Goede wird der Bogen geschlagen von seinen Erfahrungen als Organizer in den USA und seiner jetzigen Tätigkeit in Deutschland (und anderswo).

M. Rothschuh scheint am Puls der Zeit der verschiedenen CO –ansätze in den USA zu sein, und läßt uns daran mit einem anregenden Beitrag über Erfolgsgeschichten teilhaben.

Die nächste Arbeitstagung in Berlin ist vorbereitet - mit überraschenden *foco*-Exkursionen.

Vielen Dank an Niko, der mir beim layout half, meinen Eltern, die sich um unsere kids kümmerten und allen anderen, die ich auf den Tag x vertrösten mußte.

Schöne Sommertage!

Ute Fischer

Einladung zur Arbeits-/ Fachtagung von *foco* e.V. - 8. bis 10.11.02 in Berlin

Die Themen:

1. Selbstorganisation und Macht in der Bürgerinnen-/Bürgergesellschaft – eine aktuelle Bestandsaufnahme anhand der Statements der Teilnehmenden, bezogen auf verschiedene Städte/Standorte in Deutschland.

Ggf. bei Interesse: Konsequenzen für das Studium der Sozialarbeit/Sozialpädagogik in Deutschland.

Angefragt: „Besuch in einem Projekt/einer Einrichtung in Berlin zum o.a. Thema (wenn gewünscht mit Erfahrungsaustausch/Beratung durch die Teilnehmenden der Arbeitstagung)

2. Unternehmen und Bürger/innengesellschaft – Impulsreferat von Rainer Neubauer, Mainz, Unternehmensberater. Rückfrage- und Diskussionsrunde, auch unter dem Aspekt der Perspektiven für foco.

3. „Intervision" – Berichte, Überlegungen und Verabredungen zu den foco-Trainings – Standards, Ratingsystem ect.

Einladung zu einer *foco*-Mitglieder/-innenversammlung (offen für Gäste)

Tagesordnung:
1. Ausblick und konkrete Überlegungen zur Neuwahl des foco-Vorstandes im Frühjahr 2003
2. Website foco-Deutschland
3. Sonstiges

Einfache Unterkunft im Haus: pro Person und Nacht 5 € (incl. Bettwäsche, Schlafsack ggf. mitzubringen, da nur beschränkte Anzahl Wolldecken).

Wer etwas mehr Komfort wünscht, kann sich um eine Unterkunft im Hotel Morgenland, Finckensteinallee 23-27, 12205 Berlin (Lichterfelde), Tel: 030/84 38 89-0, Einzelzimmer 45 – 103 € (bitte selbst buchen!).oder im "Jugendhotel Aletto" unter www.aletto.de bemühen.

Verpflegung: Einkauf Kaffee und Imbiss am Freitag sowie 2 X Frühstück ist organisiert, Kosten werden umverteilt. Weiteres Essen : Absprachen/Organisation vor Ort.

Verpflegung: Einkauf Kaffee und Imbiss am Freitag sowie 2 X Frühstück ist organisiert, Kosten werden umverteilt. Weiteres Essen: Absprachen/Organisation vor Ort.

Anmeldeschluss: 21.10.02 !!!

Wir bitten um Anmeldung zwecks Planung an Rosie Divivier, Saargemünderstr. 40, 66119 Saarbrücken, e-mail: rosie.divivier@gmx.net, oder Tel: 0681/852372, Handy: 0174/1559515 (nicht regelmäßig in Betrieb, aber während der Tagung kontinuierlich!)

Zeitplan/Programm:

Freitag 8.11.02

Anreise bis 17 Uhr , Kaffee, Imbiss
18 Uhr Einzelgespräche
19 Uhr Mitglieder/-innenversammlung
21 Uhr Kultur (-erlebnis) in Berlin, je nach Abendangebot

Samstag 9.11.02 (vorläufig, aktuelle Änderung je nach Zusage Projektbesuch)

9 – 11 Uhr Thema 1 (Selbstorganisation und Macht) – die Angemeldeten erhalten weitere Informationen zu der Bitte um Erstellung einer Tischvorlage vor der Tagung.
11 Uhr Pause
11,30 Uhr Fortsetzung Thema 1
12,30 Uhr Mittagspause
14 Uhr Thema 2 (Unternehmen und Bürger-/innengesellschaft)
15,30 Uhr Pause und ggf. Fahrt zum Projektbesuch
16,30 – 18 Uhr Projektbesuch mit Erfahrungsaustausch, anschließend: Kultur (-erlebnis): 2. Teil in Berlin, incl. Essen je nach Abendangebot

Sonntag 10.11.02

9,30 – 11,30 Uhr Thema 3
11,30 Uhr Auswertung der Tagung, Verabredungen
12 Uhr Ende der Arbeits-/Fachtagung

Wegbeschreibung zum Friedenszentrum Martin Niemöller-Haus:

Tagungsort: Martin-Niemöller-Haus, Pacelli-Allee 61, 14195 Berlin/Dahlem

Tel: 030/84109951

Ab Bahnhof Zoo mit der Linie 110 Richtung Zehlendorf bis zur Station Königin-Luisestraße/ U-Dahlem Dorf. An der Bushaltestelle ist die Annenkirche mit dem Friedhof. Wenn man aus dem Bus aussteigt, ein kleines Stück den Fußweg in entgegengesetzter Fahrtrichtung zurück gehen. Das erste Haus, gleich neben dem Friedhof, ist das Niemöller Haus. Ansonsten mit der U Bahn(Ab Zoo muß man 1x umsteigen) bis zur Station Dahlem Dorf. Am Ausgang die Königin Luisestraße ca. 200m links bis zur Kreuzung Pacelliallee/Königin Luise Straße gehen. Dann rechts runter, das erste Haus auf der linken Straßenseite, neben dem Friedhof ist das Niemöller Haus. Dies ist ein ehemaliges Pfarrhaus der Dahlemer Gemeinde. (Niemöller war ein aktives Mitglied der Bekennenden Kirche in der Nazi-Zeit). 1980 wurde ein Nutzungsvertrag mit dem Friedenszentrum abgeschlossen. In dem Haus haben verschiedene Friedensorganisationen ihr Büro oder nutzen die Räume für ihre Arbeit sowie öffentliche Veranstaltungen. Eine WG organisiert und koordiniert ehrenamtlich den Betrieb. 2 Räume sind so eingerichtet, dass dort Personen mit geringen Komfortansprüchen zu sehr günstigen Preisen übernachten können. Wir können die Küche für Selbstversorgung und einen weiteren Tagungsraum nutzen. Wer lieber im Hotel schlafen möchte, sollte sich darum selber bemühen. Ich (Hille) bin bereit für den Einkauf vorher zu sorgen.

www.fo-co.info

Das ist die Seite von ***foco***, die Ihr in Zukunft ganz oft anklicken werdet.

Um aktuelle Informationen von ***foco*** zu bekommen, Texte von ***foco***- Mitgliedern zu lesen, interessante Verbindungen zu Seiten des Organizing und der Bürgerdemokratie zu finden und und und.

Vor allem aber, um selbst Diskussionsbeiträge zu schreiben, Anfragen zu starten, Veranstaltungen mitzuteilen, Ideen auszutauschen. Denn hier gilt, was immer beim Organizing gilt: die Seite lebt von dem Engagement und den Interessen ihrer Nutzer.

Stefan Seibold hatte schon eine Seite für ***foco*** entwickelt, die auch hierbei als Ausgangspunkt genommen wurde- ihm einen herzlichen Dank!. Nur hatten wir uns keinen bezahlten Dienst geleistet, so dass immer nervige Werbung dazwischen kam. Zudem hat ***foco*** jetzt Inken Gritto gebeten- die das gelernt hat- in Zusammenarbeit mit mir unsere Seite auf einen Stand zu bringen, von dem aus wir sie pflegen können.

Wir wollen anderen guten Webseiten keine Konkurrenz machen. Hervorragend und beispielhaft finde ich www.stadtteilarbeit.de von Wolfgang Prauser aus Hannover und comm-org.utoledo.edu (ohne www!) von Randy Stoecker von der Universität in Toledo (nahe Detroit, USA).

Ein bisschen Geduld noch, im August ist es soweit.

Michael Rothschuh

foco ***im Netz*** ***Unsere homepage ab August!***

www.foco-deutschland.de;

www.forum-community-organizing.de;

www.fo-co.info

foco in Wilhelmsburg- Herbst 2001

Organizing, ganz ohne Organizer: BürgerInnen bewegen ihren Stadtteil

Wilhelmsburg kommt in die Schlagzeilen, wenn die Flut 1962 zweihundert WilhelmsburgerInnen tötet, wenn in den 1970er Jahren vom Müllberg Dioxin in andere Stadtteile weht, wenn 2000 ein Kind von einem Hund getötet wird, wenn 2001 kaum 60% der deutschen Wählerinnen und Wähler zur Wahl gehen und von ihnen 35% die rechts- außen- Partei des ehemaligen Richters Schill wählen, wenn 2002 das Gemüse nicht gegessen werden kann, weil der Boden vom Elbschlick vergiftet ist, wenn sich jemand vor über 100 Jahren über die Polen im Stadtteil oder heute über die türkisch bewohnten Gebiete aufregt.

Widersprüche: Wilhelmsburg ist eine Elbinsel, mitten in Hamburg, gerade mal so weit vom Hamburger Rathaus entfernt wie die Spitze der Außenalster - aber auf Stadtkarten ist Wilhelmsburg meistens abgeschnitten. Wilhelmsburg liegt mitten in der Elbe und ist durch Flüsse und Kanäle durchzogen - aber man kann kaum an das Wasser heran; am teilweise idyllischen Ufer Richtung Hamburg versperrt ein riesiger Zaun den Zugang: Die Grenze (ja, mitten in Hamburg gibt es hier Zollbeamte!) sperrt den Freihafen so ab, dass man sich an andere inner-deutsche Grenzen erinnert fühlt. Wilhelmsburg wird durchzogen von den meist befahrenen Autobahnen und Eisenbahnen- und gleich daneben gibt es Landschaften, in denen man kaum über die Straße kommt, weil eine Schafherde am Elbdeich Vortritt hat.

In Wilhelmsburg gibt es eine ganze Menge sozialer Projekte, es gibt auch eine quasi offizielle Bürgerbeteiligung mit einem Beirat- eine gute Sache. Aber als eigentlichen Motor dessen, was von den Menschen des Stadtteils ausgeht, hat sich seit nunmehr fünfzehn Jahren eine Gruppe von BürgerInnen gezeigt, die dort wohnen oder arbeiten und sich jenseits ihres Berufes für ihren Stadtteil engagieren, für seine sozial gerechte und ökologische Entwicklung, für das Zusammenleben der verschiedenartigsten Menschen und Gruppen und vor allem für die Anerkennung dieses Stadtteils in der Stadt Hamburg . Sie tun dies mit einer hervorragenden Stadtteilzeitung (http://www.inselrundblick.de/), dem ehrenamtlichen Aufbau eines Heimatmuseums (jenseits aller Deutschtümelei, die oft mit „Heimat" verbunden ist), aber auch immer wieder damit, dass sie in Kampagnen die Stärke der Wilhelmsburger zeigen: Vor einigen Jahren ist es ihnen mit der Besetzung aller Brücken, die nach Wilhelmsburg führen, gelungen, eine Müllverbrennungsanlage auf der Insel zu verhindern. Und seit knapp zwei Jahren haben sie ein umfangreiches, stressiges Vorhaben in die Welt gesetzt und mit Bravour bestanden: eine „Zukunftskonferenz", bei der es darum ging, einen Zukunftsplan für die Insel zu entwickeln (www.forumwilhelmsburg.de). Koalitionen wurden geschmiedet, Behörden einbezogen, ohne sich von ihnen über den Tisch ziehen zu lassen, Gelder von der Stadt für das Vorhaben (nicht die Arbeit selbst, die geschah freiwillig und damit unabhängig) locker gemacht, ohne sich damit die Regie aus der Hand nehmen zu lassen. Das Produkt, ein „Weißbuch" („wer das liest, *„weiß"*, wo es lang geht"!; zu erhalten über www.insel-im-fluss.de) wurde allseits begrüßt, gelobt, zum Gegenstand von Parlamentsanfragen gemacht, diskutiert.

Aber man musste dafür sorgen, dass nun nicht das Produkt genommen und zugleich die BürgerInnen dieser Arbeit „enteignet" würden. Deshalb gleich der nächste Schritt: die Gründung eines Vereins „Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg", der sich schon äußerst lebendig zeigt. Das nächste Vorhaben: Am 1. September ein Fest am nördlichen Ufer der Insel, dem Spreehafen, da, wo man erst einmal den Zaun öffnen muss hin zum Ufer.. Es wird ein „stadtteil- und völkerverbindendes Fest in Hamburgs neuer Mitte" (www.-spreehafenfest.de) .

foco konnte an einem Wochenende im Herbst 2001 nicht nur in die Arbeit hinein schnuppern, sondern z.B. mit one-to-one- Gesprächen mit den Aktiven im Stadtteil und mit Ansätzen der Organisationsberatung einen kleinen Beitrag leisten zur künftigen Entwicklung des „Organizing ohne Organizer" in Wilhelmsburg.

Michael Rothschuh

A PUBLICATION OF THE AMERICAN FRIENDS OF ARSP
Volume 2 Fall 2001

Then and Now

Wolfgang C. Goede

1 WHERE AND WHEN WERE YOU A VOLUNTEER WITH ARSP?

I came to Chicago in 1972 to work with the Southwest Community Congress (SCC), a diverse and well-kept community with Polish, Irish, and Italian lower-middle class residents. While we struggled with the language and the culture, we had to try to understand the issues of urban America and organize people to do something about their problems.

2 WHAT HAS HAPPENED WITH YOU SINCE YOU COMPLETED YOUR ARSP VOLUNTEER SERVICE?

A few months after my service with ARSP was over, I returned to Chicago to work as an organizer with Catholic Charities until 1975. I then worked for an additional year in San Francisco with Community of the Outer Mission Organizations (COMO). I studied communication science and political science and in 1984 joined the editorial staff of Germany's leading popular science magazine. I'm married to a Colombian native and we have three children. I'm active in Forum for Community Organizing (FOCO), an organization that tries to introduce Saul Alinsky type organizing to Germany. To sum it up, I'm devoted to the empowerment idea and try to apply it on the political, psychological, and scientific level.

3 WHAT DO YOU REMEMBER MOST ABOUT YOUR SERVICE?

My most memorable moment was a staff meeting in Chicago in the winter of 72/73. At around two in the morning, our consultant, Tom Gaudette, shoved our organizer colleague, Bob. Before falling from the chair, Bob pushed back and asked angrily, "Why did you do that?" Tom responded, "That's how you let yourself be pushed around by your people." During the next months and following years Bob became one of the best organizers in Chicago.

4 HOW DID THE EXPERIENCES FROM ARSP INFLUENCE YOU?

The community organizing experience in the U.S. changed my whole life around. ARSP gave me a hold and a vision for active participation in society. It taught me that it is always up to me to make something happen. I am very grateful for that experience.

5 WHAT IS YOUR "WISH" FOR ARSP?

I hope that Action Reconciliation Service for Peace has many good programs and lots of dedicated volunteers. The U.S. has a long tradition as a civil society; may the young Germans be exposed to it so that it stays in their minds forever. What I wish most is that ARSP resumes with Alinsky type community organizations because they provide a unique experience that you get from nowhere else in the world.

1972

2001

Damals und heute...

Wolfgang Goede berichtet wie er mit der Aktion Sühnezeichen (Action Reconciliation) in den 70gern nach Chicago kam und dort als Organizer arbeitete. Heute ist er aktives ***foco***-Mitglied und beruflich als Wissenschaftsjournalist tätig. Zivilgesellschaft und Wissen, offener demokratischer Dialog und Entwicklung von NGO´s sind Themen, die ihn nicht mehr loslassen.

P.M.-Redakteur Wolfgang C. Goede bei der Eröffnungsrede zur Internationalen Konferenz für Wissenschafts-Journalisten in Tokio

Darüber hielt Wolfgang C. Goede auf einer internationalen Konferenz von Wissenschaftsjournalisten in Tokio den Eröffnungsvortrag. Der Abstract lautet:

Wir stehen auf einer Goldmine - dem Wissen und der Expertise von Milliarden Menschen. Dieses wird bisher nur sozial und politisch erschlossen, wie die sprunghaft wachsende Zahl von Selbsthilfe- und Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zeigt. Weltweit sind mehr als eine Million NGOs registriert, in Deutschland allein 70 000 mit drei Millionen Mitgliedern. Die politischen Parteien demgegenüber kommen nur auf 1,5 Millionen Mitglieder. Diese neuen Gruppen formen die Zivilgesellschaft und sind zu einem starken Pfeiler unserer Demokratie geworden. Aber Laien-Wissen muß auch für die Wissenschaft genutzt werden, wenn wir uns den großen Herausforderungen unseres Jahrhunderts stellen wollen: Energie, Ernährung, Klima, vor allem Frieden. Wir Wissenschaftsjournalisten müssen nicht nur die neuesten Forschungsergebnisse und ihre Anwendungen verständlich und populär darstellen, sondern wir mussen auch neue Wege in der Kommunikation und Interaktion zwischen den Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit finden. Eine neue Partnerschaft ist notig, ein neuer Sozialvertrag (Michael Gibbons, Assoc. of Commonwealth Universities), der den offenen demokratischen Dialog kultiviert. Zivil-Wissenschaftler und Zivil-Journalisten bereiten den Weg für Bürger-Engagement, welches das Sozialkapital zum Lösen unserer großen Probleme bereitstellt.

Der englische Text von: Civil society and knowledge; Growing your own; How lay people turn into experts; kann beim Autor bestellt werden unter info@casa-luz.de

Lothar Stock: Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit vor der Gründung - foco wird Mitglied

Wenn nicht noch alle Stricke reißen, gründet sich am 07. November 2002 im Burckhardthaus Gelnhausen die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. Auf den beiden zurückliegenden letzten Treffen des bisherigen lockeren Zusammenschlusses auf Bundesebene - unter Federführung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V., der Stiftung Die Mitarbeit sowie des Burckhardthauses - wurde nach ausführlichen Diskussionen bereits weitgehende Einigkeit unter allen Beteiligten hinsichtlich der anstehenden Satzungsfragen erzielt.

Strittige Punkte bis zuletzt waren dabei die Zusammensetzung und Aufgabenbestimmung des zukünftigen Beirats, die Mitgliederstruktur sowie der Name des neu zu gründenden Vereins. Sollte es lediglich ein Bundesnetzwerk und keine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) sein, wer kann Mitglied werden, welche Gestaltungsräume räumt man den großen Wohlfahrtsverbänden ein, ist der nun gefundene Name marktförmig oder wäre nicht der Rückgriff auf eingeführte Begrifflichkeiten („Soziale Brennpunkte") bei der Außendarstellung des zukünftigen Vereins doch einprägsamer, fühlen sich die Quartiersmanagerinnen und -manager unter dieser Überschrift noch angesprochen und warum überhaupt in dieser Reihenfolge und nicht umgekehrt? Doch wie bereits erwähnt, der jetzt gefundene Kompromiss kann von allen Beteiligten mitgetragen werden. Vereins- sowie steuerrechtliche Unklarheiten konnten in der Zwischenzeit ebenfalls aus dem Wege geräumt werden.

Seine Aufgabe sieht der neue Verein nach § 2 der Satzung (Zweck des Vereins) insbesondere in der *„Profilierung und Förderung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit sowie ... Unterstützung einer auf Integration und Prävention ausgerichtete, nachhaltige soziale Stadtentwicklung insbesondere in Quartieren mit verdichteten Problemlagen. Der Verein will auf Bundesebene insbesondere*

- *Initiativen und Akteure vernetzen, die diesen Zweck verfolgen,*
- *Basisinitiativen und von Ausgrenzung bedrohte Bewohnerinnen und Bewohner aus Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf unterstützen,*
- *Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements und freie Träger der Sozialen Arbeit in Partnerschaft zum öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektor im Rahmen von integrierten Handlungskonzepten fördern,*
- *Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für seine fachlichen Anliegen betreiben.*

Der Verein

- *unterstützt die Entwicklung und Organisation von Selbsthilfepotenzialen auf örtlicher, Landes-, Bundes- und Europaebene,*
- *entwickelt Konzeptionen zur Partizipation von Quartiersakteuren/innen an Prozessen zur Stadtteilentwicklung,*
- *entwickelt fachpolitische Positionen, begleitet und betreibt deren Umsetzung,*
- *multipliziert, bündelt Erfahrungen und Erkenntnisse auf Bundesebene,*
- *entwickelt Fort- und Weiterbildungsangebote."*

Zu dem bis zuletzt strittigen Diskussionspunkt zur Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Beirats wurde darüber Einvernehmen erzielt, dass dieser *„aus den von der Mitgliederversammlung gewählten Vetreter-/innen*

a) der freien Wohlfahrtspflege

b) der Wissenschaft und Forschung

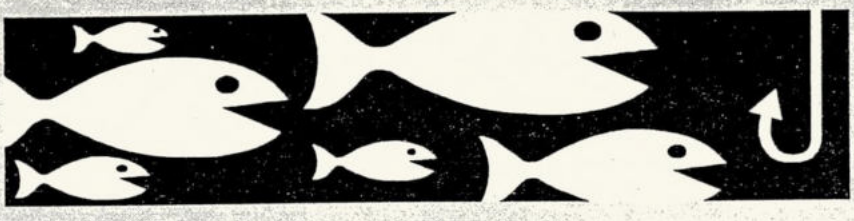
c) von überregionalen Partnerorganisationen" (§ 10 der Satzung*)*

besteht und den Vorstand bei der Erfüllung seiner Aufgaben *„unterstützt und berät". ... Er fördert insbesondere den Erfahrungsaustausch und den Wissenstransfer unter den Mitgliedern."* (§ 11 der Satzung)

In dem bisherigen lockeren Zusammenschluss auf Bundesebene hat *foco* seit Beginn an

mitgearbeitet und die Diskussion zur angestrebten Etablierung einer Bundesarbeitsgemeinschaft in wesentlichen Bereichen voran getrieben. Insofern war der Beschluss der *foco*-Mitgliederversammlung Anfang Mai in Mainz zum Beitritt in die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit nur eine logische Konsequenz der bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich. Auch an der gegenwärtigen Konzeptionierung einer modularisierten, berufsbegleitenden Fortbildung für Akteure in der Stadtteilentwicklungsarbeit (geplanter Start im Frühjahr 2003) wirkt *foco* aktiv mit.

Sicherlich, die zukünftige Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit entspricht nicht in allen Bereichen der „reinen Lehre" des Community Organizing, aber die gibt es ja ohnehin nicht (vgl. M. Rothschuh im *foco*-Rundbrief, April 2002). Sich deshalb auf Bundesebene aus mehr oder minder artverwandten Diskussionszusammenhängen gänzlich auszuklinken, hätte für mich allerdings doch etwas sehr Sektiererisches an sich.



NOCH KEIN ABO?

Abonnementauftrag für den ***foco***-Rundbrief

NAME:_____

ANSCHRIFT:_____

TELEFON/FAX:_____ E-MAIL:_____

Hiermit abonniere ich den ***foco***-Rundbrief zum Preis von 26€ im Jahr

ORT, DATUM _____ **UNTERSCHRIFT** _____

Senden an: Lothar Stock, Hanauer Str. 4, 63075 Offenbach

Der Rundbrief erscheint 4x im Jahr, in Ausnahmefällen auch als Doppelnummer. Der Bezugspreis beträgt 26€ und ist im Voraus zu entrichten. Der Abo-Auftrag kann innerhalb von 2 Wochen widerrufen werden. Der Abo-Auftrag erfolgt für die Dauer eines Jahres. Unmittelbar nach Ablauf des laufenden Bezugszeitraumes erfolgt die Rechnungstellung. Erfolgt dann kein Zahlungseingang, wird der Bezug des Rundbriefes eingestellt. Leider ist es uns aus organisatorischen Gründen nicht möglich, Erinnerungen zuzusenden

Dieter von Kietzell: Mogeln Kommunen beim Programm „Soziale Stadt"?

Das Programm „Soziale Stadt" erhebt einen großen Anspruch. Die Fehler, die bei vielen Maßnahmen der Sanierung von benachteiligten Wohnquartieren gemacht worden sind, sollen nicht wiederholt werden. In die Sanierung von sog. Armutsquartieren sind über Jahrzehnte viele Millionen Fördergelder geflossen, doch nach wenigen Jahren setzte in diesen Wohngebieten die „Abwärtsspirale" wieder ein. Saniert wurden, mit Ausnahme weniger Modellprojekte, fast nur die Gebäude. Einbezogen in die Planung wurden Eigentümer und Geschäftsleute. Die Menschen, die in solchen Vierteln leben, meistens Mieter und Mieterinnen, wurden, wenn es hoch kam, „angehört". Doch die Misere in Armutsquartieren betrifft nicht nur den Zustand der Häuser und wenn die Bewohnerinnen und Bewohner nicht an der Planung beteiligt und nicht davon überzeugt werden, daß mit ihnen eine „Aufwärtsspirale" einsetzt, hat der Sanierungsträger und haben die Geldgeber einen teuren Fehler begangen.

Das Programm „Soziale Stadt" beansprucht aber auch, aus den erfolgreichen Entwicklungen gelernt zu haben. In Großstädten wie Hamburg und Berlin, in den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden gute Erfahrungen gesammelt mit einem Programm, das sich durch Nachhaltigkeit und ein integriertes Handlungskonzept auszeichnet.

Nachhaltigkeit meint in diesem Zusammenhang, daß die örtlichen Akteure, also in erster Linie die BewohnerInnen, aber auch die Geschäftsleute vor Ort, die Kirchen und Vereine, Schulen, Kindertagesstätten und andere Einrichtungen der pädagogischen, sozialen und kulturellen Arbeit in dem Gebiet beteiligt sind bei der Entwicklung einer „Sozialen Stadt". Die Menschen, die in einem Stadtteil leben und arbeiten, sind stark durch die Bedingungen, die dort bestehen, geprägt und in ihrer Entfaltung beeinflusst. Aber sie sind nicht nur passiv „Opfer der Verhältnisse", wie man oft sagt. Sie sind immer auch aktiv an dem Ruf und dem Erscheinungsbild ihrer Wohnumgebung beteiligt, wenn sie z.B. dulden, daß Nachbarn Müll auf die Straße kippen.

Auf Dauer wird die „Abwärtsspirale" nur gedreht, wenn die örtlichen Akteure davon überzeugt sind, daß ihre Ideen und Vorschläge gefragt sind und zu einem erheblichen Teil realisiert werden, daß dieser Stadtteil sich zum Guten hin verändert und daß die Investitionen sich lohnen, weil sie in ihrem Interesse liegen. Nachhaltig wirkt eine Erneuerung nur dann, wenn die dort Lebenden und Arbeitenden sich mit der Entwicklung und dem Wohnquartier insgesamt identifizieren und selber verantwortlich darauf achten, daß es nicht wieder kippt.

Ein integriertes Handlungskonzept basiert auf einer vorbereitenden Untersuchung, in der die Probleme und Defizite des Gebietes genau benannt sind, auch in Unterscheidung zur Stadt insgesamt, um zu belegen, weshalb hier ein besonderer Bedarf vorliegt. Die Auswahl eines bestimmten Quartiers für das Programm „Soziale Stadt" muss also begründet und das Gebiet muss abgegrenzt werden. Bereits in der vorbereitenden Untersuchung soll der Blick nicht nur auf Defizite und Probleme gelenkt werden, sondern auch auf die Eigenkräfte und Chancen des Gebietes für eine Erneuerung, z.B. bürgerschaftliches Engagement, etwa in einer BewohnerInneninitiative, bestehende Vernetzungen von Institutionen oder auch Brachflächen, die sich für eine neue Nutzung anbieten.

Das integrierte Handlungskonzept bringt zum Ausdruck, daß die Defizite eines Gebietes auf verschiedenen Ebenen liegen und dementsprechend nur eine ganzheitliche Lösung erfolgreich sein kann. In dem Handlungskonzept sind die diversen Handlungsfelder aufgeführt, für die in der vorbereitenden Untersuchung Mängel und Probleme benannt worden sind und die also bearbeitet werden müssen: Neben der baulichen bzw. städtebaulichen Erneuerung, dem lokalen Wohnungsmarkt und der Verkehrssituation können folgende Handlungsfelder in Frage kommen: Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Stadtteilökologie, Schule und Bildung, Kultur, Sport und Freizeit, Nahversorgung. Ein wichtiges Handlungsfeld in allen Armutsquartieren ist die sog. „lokale Ökonomie", also Handel und Gewerbe, berufliche Qualifikation und Erwerbstätigkeit am Ort. Für die Entwicklung einer „Sozialen Stadt" sind nicht nur Baumaßnahmen und andere Investitionen bedeutsam, sondern auch nichtinvestiven

Felder, wo es um die Förderung von Nachbarschaften und Begegnungen geht, um Stadtteildiskurse, Stadtteilbewusstsein und Öffentlichkeit, um Mitwirkung an der Planung, Durchführung und Überprüfung des Programms.

Das integrierte Handlungskonzept enthält die Handlungsfelder, die dafür jeweils aufgestellten Ziele, aber auch die erforderlichen Maßnahmen und Projekte, die Träger, Beteiligten und Zielgruppen, die Finanzierung und den Zeitrahmen. Zu Beginn liegt so ein Konzept bereits in Umrissen vor, es wird laufend konkretisiert, ggf. auch erweitert und ergänzt, wobei die örtlichen Akteure eine wichtige Rolle spielen. Integriert ist so ein Konzept auch insofern, als die Ziele und Vorhaben sowie ihre Auswirkungen aufeinander abgestimmt sind.

Mit so einem umfassenden Aufwertungskonzept wird die Absicht verfolgt, einen Anreiz zu bieten, daß sich möglichst viele Investoren und Institutionen beteiligen, also Unternehmen der Wohnungswirtschaft, Firmen des Handels und Gewerbes, ggf. auch von außerhalb des Stadtteils, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Ärzte, Rechtsanwälte u.a. Zur finanziellen Förderung ist zu prüfen, welche Landes-, Bundes- und Europaprogramme herangezogen werden können.

Integration ist vor allem deshalb erforderlich, weil ein so weitgespanntes Konzept nur mit vielen verschiedenen Akteuren umzusetzen ist. Mitwirken müssen nahezu alle Dezernate bzw. Ämter der städtischen Verwaltung. Beteiligt sind die genannten Interessenten, Investoren und Förderungsbehörden, ferner die Schulen und Kindergärten, die sozialen und kulturellen Einrichtungen am Ort, die Kirchen, Religionsgemeinschaften und Vereine, Experten verschiedener Fachrichtungen und - mit klaren Mitwirkungsrechten - die Bewohnerschaft des Quartiers.

Alle Beteiligten sollen ihre Kompetenzen, auch ihre Interessen und Ideen einbringen. Aber sie müssen die Chance erkennen und nutzen, sich gegenseitig zu ergänzen und voneinander zu lernen. Die Entwicklung einer „Sozialen Stadt" kann als ein „lernendes System mit lernenden Akteuren" bezeichnet werden. Damit so ein Lernprozess in der kommunikativen Balance gehalten wird und gelingt, ist eine qualifizierte Begleitung von außen erforderlich, also ein Monitoring oder eine begleitende Evaluation, wobei alle Akteure sich einer solchen auswertenden Beratung stellen müssen.

Das Programm „Soziale Stadt" hat also nicht nur einen wohlklingenden Titel, es basiert auf richtigen Einsichten , die allerdings z.B. in der Gemeinwesenarbeit lange bekannt waren. Inzwischen sind 249 Kommunen in das offizielle Programm aufgenommen (Stand Februar 2002). Bei einer ersten Auswertung (www.sozialestadt.de/Veröffentlichungen/loehr-erfahrungen) wird deutlich, daß zwar in den meisten, keineswegs aber in allen Gebieten der politische Wille erkennbar ist, sich ernsthaft auf das Ziel einer sozialen Stadtentwicklung einzulassen, die diesen Namen wirklich verdient. Nur in der Hälfte der Gebiete wurden vorbereitende Untersuchungen durchgeführt. In 80% der Gebiete gibt es zumindest einen politischen Grundsatzbeschluß, aber verbindliche Handlungspläne, die Voraussetzung für eine effektive Mitwirkung der Bewohnerschaft, bestehen nur in den wenigsten Gebieten. Ein Quartiersmanagement, das die Bewohnerschaft in ihren unterschiedlichen Milieus aktiviert, das Gremien der Beteiligung einrichtet, das Ressourcen erschließt und insgesamt die unterschiedlichen Akteure zusammenbringt, gibt es kaum in der Hälfte der Gebiete, in denen das Programm läuft.

Wer soll prüfen, ob in der jeweiligen Kommune das Programm „Soziale Stadt" so durchgeführt wird, daß es dem großen Anspruch gerecht wird? Sicher ist es lobenswert, wenn eine externe Agentur mit einer wissenschaftlichen Begleitung beauftragt wird und Korrekturen vorschlagen kann. Wichtiger noch ist, daß die Bewohnerschaft eines solchen Gebietes die große Chance erkennt, die dieses Programm für das eigene Quartier bietet und von Beginn an die Entstehung des Programms, seine Aufstellung und Umsetzung kritisch begleitet.

Dazu wurden 28 Prüfsteine aufgestellt, die dazu geeignet sind, die Entwicklung „vor Ort" kritisch unter die Lupe zu nehmen. Sie sind formuliert von Dieter von Kietzell und zu erhalten bei der LAG Soziale Brennpunkte e.V., Stiftstr. 15, 30159 Hannover, Tel: 0511/7010709.

Lothar Stock: Bürgerbeteiligung in der „Sozialen Stadt" – Fördervoraussetzung oder Antagonismus ? - Erfahrungen aus dem (Leipziger) Osten

Der nachfolgende Beitrag beschreibt Erfahrungen zum Thema Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt". In diesem vom Berliner Bundesbauministerium aufgelegten Programm wird die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an den Entwicklungsprozessen in ihren Stadtteilen ja quasi per Förderrichtlinie von ministerieller Seite her offiziell verordnet. Die konkrete Umsetzung der Fördervorgabe und ebenso die Wahl der Beteiligungsverfahren obliegt dann den lokalen Akteuren vor Ort. Insofern erheben die nachfolgenden Ausführungen keineswegs den Anspruch auf Allgemeingültigkeit; im Gegenteil, sie beschreiben explizit die Vorgehensweise im Programmgebiet „Leipziger Osten", dem Modellstandort im Programm „Soziale Stadt" für den Freistaat Sachsen. Vielleicht entdeckt aber dennoch die Eine oder der Andere Parallelentwicklungen zu ihrem/seinem eigenen lokalen Wirkungsgebiet. Den Autor würde dies wenig wundern.

Ebenso wenig wird der Anspruch verfolgt, die äußerst komplexe Organisationsstruktur des mit dem Förderprogramm verfolgten Stadtgebietsentwicklungsprozesses in allen Einzelheiten (Lenkungs- und Steuerungsgruppen, Kernprojekte, Projektteamtreffen usw.), insbesondere auf der Verwaltungsseite, zu beschreiben, sondern vielmehr geht es um die Frage der konkreten Umsetzung der Bürgerbeteiligung in diesem Verfahren. Hintergrund der Ausführungen ist eine mittlerweile mehr als zweijährige Begleitung der Entwicklungen im Leipziger Osten als externer Beobachter bzw. Gutachter, als interessierter Bürger und Hochschullehrer sowie als Projektverantwortlicher einer studentischen Untersuchung zur Verwirklichung der Bürgerbeteiligung im Programmgebiet.

Das Programmgebiet

Der Leipziger Osten besteht aus fünf historisch gewachsenen Ortsteilen mit zwar jeweils spezifischen Charakteristika und Problemlagen, doch zwölf Jahre nach der „Wende" kennzeichnen das Programmgebiet insgesamt insbesondere folgende Faktoren: ein hoher Wohnungsleerstand (vor allem im Bestand der Gründerzeithäuser, während die „Platte" städtischerseits weitgehend mit Sozialhilfebezieherinnen und -beziehern belegt wurde), zahlreiche Brachflächen und Bauruinen, eine hohe Lärmbelastung durch den durchfließenden Straßenverkehr, eine hohe Arbeitslosenquote sowie eine entsprechend hohe Zahl von Personen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, und schließlich ein für Ostdeutschland hoher Ausländeranteil von ca. 5 Prozent der Bevölkerung. Aus der einstigen das Programmgebiet durchziehenden „Flaniermeile" Eisenbahnstraße ist heute ein Straßenzug geworden, in dem viele Ladenlokale entweder leer stehen oder aber „Billigläden" das Erscheinungsbild nachhaltig prägen. Dies alles sind Faktoren, die bereits zu einer Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Bereichen des Wohngebietes führten (es gibt aber auch andere, gehobenere Quartiere im Programmgebiet!), die dem Stadtbezirk auf kommunaler Ebene eine höchste Entwicklungspriorität zuwiesen und die schließlich zu seiner exponierten Aufnahme in das Förderprogramm „Soziale Stadt" führten.

Der Leipziger Osten grenzt mit seinen inneren Rändern unmittelbar an den Innenstadtbereich und der Beginn der Eisenbahnstraße ist vom heutigen Einkaufsmagnet Bahnhof aus in ca. 5 Minuten fußläufig erreichbar; an den Außenrändern erfolgt zumindest teilweise ein nahtloser Übergang in den angrenzenden Grüngartenbereich. Das Programmgebiet umfasst in Gänze eine flächenmäßige Ausdehnung von 340 ha, in der um die Jahrtausendwende etwa 27.000 Menschen lebten. Trotz ehemaliger „Flaniermeile" ist der Leipziger Osten von je her ein traditionelles Arbeiterwohngebiet, dessen Bewohnerinnen und Bewohner auch zu DDR-Zeiten in Folge des überwiegenden Westwindes unter den Rauchschwaden der weiter westlich gelegenen Industrieanlagen zu leiden hatten. Das derzeit zentrale städtebauliche Problem ist - wie eingangs bereits erwähnt - nicht etwa die „konsolidierte Platte" (wie lange?), sondern der leerstehende und vor sich hin verrottende

Gründerzeithausbestand, dessen flächendeckende Modernisierung und Sanierung bei einer Überkapazität von aktuell ca. 60.000 leerstehenden Wohneinheiten im Stadtgebiet auf absehbare Zeit hin nicht zur Debatte steht. Hinzu kommt eine extrem hohe Verkehrsbelastung durch mehrere stark frequentierte, zuweilen recht enge Ausfallstraßen sowie eine äußerst geringe Kaufkraft bei weiten Teilen der ortsansässigen Bevölkerung.

Das Beteiligungsverfahren

Als zentrales Instrumentarium zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der geplanten Stadtgebietsentwicklung gilt - ähnlich wie das schon seit Jahren existierende „Forum Grünau" zur größten Plattenbausiedlung in Leipzig - das „Forum Leipziger Osten". Hier sollen unter externer Moderation (zwei Organisations-/ Unternehmensberatungsbüros) und „Geschäftsführung" (Originalzitat) der beiden Stadtteilmanager/innen (Ingenieure in freiberuflicher Tätigkeit bzw. in Anstellung beim kommunalen Amt für Stadtererneuerung und Wohnungsbauförderung) alle Fäden zusammen laufen, die verschiedenen Vorhaben koordiniert, Arbeitsabsprachen unter den einzelnen Beteiligten getroffen sowie Empfehlungen für die Verwaltung ausgearbeitet werden. Das Forum tagt dreimal jährlich, jeweils an einem Freitagnachmittag von 14.30 - 18.30 Uhr und ist für jedermann zugänglich. An der ersten Forumssitzung Ende November 2000 - ca. sechs Wochen nach der lokalen Auftaktveranstaltung des Förderprogramms „Soziale Stadt" - nahmen etwa 120 Personen teil. Die Teilnehmerzahl hat sich seitdem zwischen 80 und 100 Personen eingependelt.

Zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den nun von Amtsseite her initiierten Stadtgebietsentwicklungsprozess wurden gleich auf der ersten Forumssitzung insgesamt zehn Themen-Arbeitsgruppen gebildet. Diese sollten z.B. zu folgenden Inhalten arbeiten: „Wirtschaft und Arbeit", „Kinder und Jugendliche" oder „Leben und soziales Miteinander". Alle Arbeitsgruppen werden durch hierfür eigens bestellte und auf Honorarbasis entlohnte, sogenannte „Bürgermoderatorinnen/-moderatoren" organisiert und geleitet. Die Federführung hierfür liegt ebenfalls bei dem für die Moderation des „Forums Leipziger Osten" zuständigen Organisationsberatungsbüro.

Bereits bei dem ersten Zwischenbericht zu den bisherigen Aktivitäten der Themen-Arbeitsgruppen auf dem „2. Forum Leipziger Osten" im Januar 2001 wurde von allen Bürgermoderatorinnen und -moderatoren, ebenso einvernehmlich wie hilflos, die gänzlich fehlende bzw. allenfalls höchst unzureichende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den fremd initiierten Arbeitsgruppen konstatiert. Dort traf man sich in der Regel stattdessen im schon allseits vertrauten Personenkreis sozialer Fachlichkeit. Diese Situation änderte sich auch in der Folgezeit nicht und auf Grund von mangelnder Mitarbeit örtlicher Akteure wurden schließlich mehrere Themen-Arbeitsgruppen inhaltlich sowie organisatorisch zusammen gefasst.

Die Foren selbst sind zwar nach wie vor gut besucht, doch stellt sich hier stets die Frage, von wem? An Hand der jeweils ausgelegten Teilnehmerlisten konnte in etwa folgendes Bild, zumindest für die jüngsten Forumssitzungen, ermittelt werden. Etwa die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommt aus der Verwaltung bzw. aus der für das Programmgebiet örtlich zuständigen Kommunalpolitik (im Laufe der Zeit haben immer mehr Stadträte aus dem Leipziger Osten das Forum als Möglichkeit der eigenen Plattform/Präsentation erkannt). Weitere etwa 30 Prozent sind im Programmgebiet in irgendeiner Form gegen Bezahlung Beschäftigte (z.B. Architektinnen/Architekten, Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter, Bürgermoderatorinnen/-moderatoren, aber auch Ladenbesitzerinnen/Ladenbesitzer bzw. allgemein Gewerbetreibende). Verbleiben noch ca. 20 Prozent Bürgerinnen und Bürger, die nichts anderes auszeichnet, als dass sie im Leipziger Osten wohnen. Bei einer Teilnehmerzahl von 80 Personen wären dies 16 Menschen (von 27.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Stadtbezirk).

Inhaltlich sind die Foren stets klar vorstrukturiert, meistens mit Programmpunkten überladen und sie stehen immer unter einer themenspezifischen Schwerpunktsetzung (z.B. Wirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit/Image, Sauberkeit und Ordnung). Der Raum für Diskussionen ist in der Regel äußerst knapp

bemessen und welche Bürgerin bzw. welcher Bürger getraut sich schon nach oft stundenlangen Beiträgen vermeintlicher Expertinnen und Experten noch selber das Wort zu ergreifen? Auch die Ergebnisse der Themen-Arbeitsgruppen werden im Forum meist von den Bürgermoderatorinnen und -moderatoren vorgestellt. So ist es nicht verwunderlich, dass sich von Seiten des Publikums vordringlich im Stadtbezirk ansässige Ladenbesitzerinnen und -besitzer zu Wort melden und zwar immer dann, wenn sie konkret ihre eigenen Interessen als Geschäftsleute im Programmgebiet gefährdet sehen. Als die Stadtverwaltung zum Beispiel versuchte, mit Hilfe kommunaler Fördermittel dem Leerstand vieler Ladenlokale in der Eisenbahnstraße entgegen zu wirken, machte man sofort gegen den in diesem Fall vermuteten weiteren Zuzug ausländischer Ladenbetreiberinnen und -betreiber in den Stadtbezirk öffentlich und unverhehlt mit eindeutigem Gedankengut Stimmung.

Als jüngster, mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut untauglicher Versuch, mehr Bürgerstimmen im „Forum Leipziger Osten" zum Gehör zu verhelfen, ist noch die kürzlich beschlossene Einrichtung einer sogenannten „Speakers's Corner" zu erwähnen. Eigentlich gar keine so schlechte Sache, aber warum müssen dies ausgerechnet die letzten 15 Minuten am Ende eines insgesamt vierstündigen Sitzungsmarathons sein, wo doch jede/r der noch verbliebenen Anwesenden endlich ins Wochenende will?

Die können sollen,

müssen wollen dürfen!"

Graffito-Berlin, Alexanderplatz,

ges. v. W. Häcker

Die studentische Untersuchung

Nach etwa einem Jahr der externen Beobachtung der Entwicklungen im Leipziger Osten - in diesem Zeitraum wurde der Autor von verschiedenen Akteuren vor Ort immer wieder einmal punktuell zum Thema Bürgerbeteiligung angesprochen (z.B. wie funktioniert denn eine „aktivierende Befragung"?) - reifte der Entschluss, im Rahmen eines studentischen Projektes stärker in den Prozess der Bürgerbeteiligung einzusteigen. Nach einer Bestandserhebung zum bislang realisierten Ausmaß der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sollten mit dem Projekt die hierfür hinderlichen Faktoren herausgearbeitet und vor diesem Hintergrund Vorschläge zur einer stärkeren Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner in den Stadtgebietsentwicklungsprozess entwickelt werden. Nachdem der Projektgedanke im Sommer vergangenen Jahres mit dem Organisationsberatungsbüro sowie dem Stadtteilmanagement konkretisiert und abgesprochen werden konnte, startete das studentische Projekt zur „Bürgerbeteiligung im Leipziger Osten" unter den oben genannten Zielvorgaben dann im Oktober 2001 (unter dem enormen Zeitdruck bis Ende Januar 2002 bereits wieder abgeschlossen zu sein).

Zur Bestandserhebung wurden in den ersten Wochen der Projektarbeit zahlreiche Gespräche mit den verschiedensten Akteuren vor Ort geführt (Stadtteilmanagement, Quartiersmanagement [im Gegensatz zum zentralen Stadtteilmanagement nur für einen Ortsteil innerhalb des Programmgebietes zuständig und schon früher installiert], Organisationsberatungsbüro, Bürgermoderation, soziale Träger im Programmgebiet) sowie bei Treffen der Themen-Arbeitsgruppen hospitiert. Zwei im Projekt mitarbeitende Studentinnen waren zudem als Bürgerin bzw. als ehemalige Praktikantin in den Stadtgebietsentwicklungsprozess im Leipziger Osten persönlich involviert. Das knappe, aber dennoch äußerst aufschlussreiche Ergebnis all dieser Gespräche: Der Grad der Bürgerbeteiligung ist in der Tat äußerst gering ausgeprägt und lässt daher sehr zu wünschen übrig. Die von Anfang an gehegte Vermutung wurde mit der Untersuchung also evident. Gravierender noch ist jedoch die Feststellung, dass sich für diese Aufgabenstellung und prioritäre Förderungsvoraussetzung in dem millionenschweren Programmgebiet (Fördervolumen ca. 250 Mio. Euro/Jahr) niemand zuständig fühlt. Das Stadtteilmanagement begreift sich als stadtbezirkweites Koordinierungsgremium sowie primär als Bindeglied in die Verwaltung und besaß selbst eineinhalb Jahre nach Programmstart noch nicht einmal eine kontinuierliche

Anlaufstelle im Leipziger Osten. Bezeichnend für den Stellenwert, der der Bürgerbeteiligung insgesamt vom Stadtteilmanagement zugesprochen wird, ist auch die Tatsache, dass alle Bemühungen in dieser Richtung in der Vergangenheit stets als studentische Praktika oder im Rahmen von für diese Aufgabe völlig unqualifizierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angegangen wurden. Der Quartiersmanager wiederum beschränkt seine durchaus anerkennenswerten Aktivitäten auf den ihm gemäß Arbeitsauftrag zugewiesenen Ortsteil Volkmarsdorf und ist selbst auf den Forumssitzungen nur sporadisch - wenn es ganz konkret um dieses Wohngebiet geht - präsent. Organisations- und Unternehmensberatungsbüro sehen ihre Verantwortlichkeit ausschließlich in der Moderation der Forumssitzungen und die Bürgermoderatorinnen/-moderatoren begrenzen ihr Engagement ebenso auf die unmittelbare Arbeit in den Themen-Arbeitsgruppen, wer immer sich daran auch beteiligt bzw. dort nicht erscheint. Die sozialen Träger schließlich haben ihre jeweils eigenen Arbeitsschwerpunkte und verfolgen darüber hinaus vordergründig ihre Eigeninteressen hinsichtlich der finanziellen Absicherung ihrer Arbeit bzw. der Erschließung neuer „Pfründe" im Rahmen der mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt" neu gegebenen Möglichkeiten. Insofern verfolgen sie den Stadtgebietsentwicklungsprozess im allgemeinen sowie das „Forum Leipziger Osten" im besonderen primär unter diesen finanziellen bzw. förderungstechnischen Gesichtspunkten.

Etwa zeitgleich mit dieser studentischen Analyse kam das die Entwicklungen im Leipziger Osten wissenschaftlich begleitende Deutsche Institut für Urbanistik (difu) in Berlin zu ähnlichen Ergebnissen: Von Seiten der Kommunalverwaltung werden unter (sehr) engen zeitlichen Vorgaben, viele „steile Vorlagen" gegeben, die selbst für die professionellen Akteure vor Ort mitunter kaum bzw. nicht erreichbar sind, geschweige denn für in ihrer Freizeit engagierte Bürgerinnen und Bürger. Entsprechend ist deren Beteiligung im Stadtentwicklungsprozess relativ gering und sollte daher mit neuen Formen der Partizipation forciert werden.

Derartige Erkenntnisse, zudem von zwei ganz unterschiedlichen Seiten festgehalten, könnten nun ja eigentlich zum Nachdenken über die bisherige Arbeitsweise in Bezug auf die Bürgerbeteiligung im Leipziger Osten führen. Nicht aber so bei dem dort etablierten Stadtteilmanagement. Mann und Frau geht stattdessen in die Offensive und dreht den Spieß ganz einfach um. In etwa so: das Programm „Soziale Stadt" sei nun einmal ein Modell nach den Vorgaben „top down" und von dem könne man somit auch gar keine Partizipation der Bürgerinnen und Bürger im Sinne von „bottom up" erwarten. Außerdem sei es Aufgabe der örtlichen Sozialarbeit - und nicht des Stadtteilmanagements - für die Bürgerbeteiligung zu sorgen. Thema abgeharkt und erledigt - den Kritikerinnen und Kritikern der örtlichen Praxis jeden Boden entzogen!

Analyse der Machtverhältnisse

Von Saul D. Alinsky wissen wir, dass die Durchsetzung der Interessen von ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen, der „Habenichtse" um in seinem Sprachgebrauch zu bleiben, eine Frage der Macht bzw. der Veränderung von bestehenden Machtverhältnissen ist. Deshalb soll der im Leipziger Osten mit dem Programm „Soziale Stadt" angestoßene Stadtgebietsentwicklungsprozess abschließend nochmals unter dieser Fragestellung näher analysiert werden. Sicherlich könnte auch diese Analyse kurz und bündig mit dem oben skizzierten Verfahren des Stadtteilmanagements abgetan werden, denn im Bund-Länder-Programm geht es ja beileibe nicht um veränderte Machtstrukturen oder gar um den Aufbau von konfliktfähigen Bürgerorganisationen, sondern vielmehr um die „Nutzung endogener Potenziale in den Stadtteilen", „die Entsäulung der Verwaltung", „die ressortübergreifende Zusammenarbeit", „die Einbeziehung des Expertentums der lokalen Akteure" oder wie alle ebenso blumigen wie nichtssagenden ministeriellen Formulierungen auch lauten möchten. Trotzdem lohnt sich eine etwas gründlichere Betrachtungsweise, denn diese kann vorhandene Spielräume, vergebene Chancen oder aber auch bewusst ausgeschaltete mögliche Machtfaktoren auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger zu Tage fördern. Genau dies ist das Anliegen der nachfolgenden Ausführungen.

Das Programm „Soziale Stadt" ist - da ist der Stadtteilmanagerin und dem Stadtteilmanager im Leipziger Osten in keiner Weise zu widersprechen - zweifelsohne ein Modell der Marke „top down", oftmals noch verbunden mit der hohen Erwartung, in möglichst kurzer Zeit große Erfolge vorweisen zu können. Selbst die Geldgeber auf Bundesebene warnen mittlerweile vor der allerorts zu beobachtenden „Projekttitis" und der Berliner Stadtforscher Hartmut Häußermann konstatiert nüchtern, dass in absoluter Verkennung der örtlichen Realitäten weite Bereiche der involvierten Programmgebiete in der „Sozialen Stadt" mittels gezieltem Geldzufluss zu Stadtteilen entwickelt werden sollen, die sie niemals waren. Im westdeutschen Denkschema bedeutet dies in etwa, dem Sozialen Wohnungsbau der 70er Jahre mit seinen Großsiedlungen am Stadtrand den heimeligen Flair der Eigenheimsiedlung am anderen Ende der Stadt geben zu wollen.

Nicht anders erfolgte auch die Implementierung (und ich wähle diesen Begriff bewusst, denn er bedeutet das Einsetzen von etwas Körperfremden!) der „Sozialen Stadt" im Leipziger Osten. Nur sollte man wissen, dass Leipzig als *die* Stadt der Bürgerbewegung in der damaligen DDR auf eine lange Tradition der Bürgervereine zurück blicken kann. Weit über 20 derartige Zusammenschlüsse ehrenamtlichen Bürgerengagements existieren auch heute noch stadtweit. Ein Teil dieser Bürgervereine arbeitet auf rein ehrenamtlicher Basis, andere wiederum fungieren auch als Träger der Sozialen Arbeit. Gemeinsam ist allen, dass sich hier engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammen gefunden haben, um gemeinsam - und zuweilen auch in Konfrontation mit den kommunalen Behörden - die Lebensbedingungen in ihrem Wohngebiet mit zu gestalten, möglichen negativen Entwicklungstendenzen entgegen zu steuern und somit die Lebensqualität in ihrem sozialen Nahraum nachhaltig zu erhöhen. In Teilgebieten des Leipziger Ostens existieren ebenfalls derartige Initiativen. Was hätte also näher gelegen, als diese zu den primären Akteuren bei der beabsichtigten Stadtgebietsentwicklung zu machen? Oder war es doch die Angst vor der - sicherlich nicht ganz einfachen - Zähmung des widerspenstigen Borstigen, welche die Stadtverwaltung den Aufbau neuer, in ihrer Arbeitsweise von ihr vorbestimmten Organisationsstrukturen favorisieren ließ?

Während der studentischen Befragung der maßgeblichen Akteure bei der lokalen Umsetzung des Programms „Soziale Stadt" wurde zunehmend deutlich, dass die Bürgerbeteiligung formal zwar angestrebt wird, aber diese ausschließlich in dem dafür amtlicherseits vorgegebenen Rahmen zu erfolgen hat. An der Entwicklung alternativer Strukturen, die möglicherweise zu einem größeren Bürgerengagement hätten führen können, zeigten die Protagonisten wenig bzw. kein Interesse. In diesem Zusammenhang sollte noch Erwähnung finden, dass das Amt für Stadtereneuerung und Wohnungsbauförderung nicht nur die eine Stadtteilmanagerin stellt, sondern in Form der Amtsleitung das gesamte Stadtteilmanagement „steuert".

Eine Moderatorin moderiert und ein Moderator tut das Gleiche, denn für dies werden beide schließlich ja auch aus den staatlichen Fördertöpfen bezahlt. Auf diese einfache Formel lassen sich die Diskussionen - sofern es sie überhaupt gab - auf den verschiedenen Forumssitzungen reduzieren. Das „Forum Leipziger Osten", durch seinen für die Verwaltung lediglich empfehlenden Charakter und der noch darüber hinaus gehenden Vorfilterfunktion des Stadtteilmanagements (Anträge und Vorhaben der Themen-AG's oder anderer Arbeitskreise werden hier ob ihrer Förderungsfähigkeit/-würdigkeit vorgeprüft) ohnehin ein „zahnloser Tiger", verliert durch diese Leitungsvorgabe vollends an Bedeutung. An zwei Beispielen sei dies nachfolgend verdeutlicht.

Die Themen-Arbeitsgruppe „Image und Öffentlichkeitsarbeit" hatte mit viel Aufwand und Energie eine Forumssitzung zu ihrem Thema vorbereitet, einen Ideenwettbewerb für ein Logo sowie einen Slogan für den Leipziger Osten („dort geht die Sonne auf") durchgeführt und einen Werbefachmann für einen Vortrag auf dem Forum gewonnen. Im Ergebnis sollte dies zum Start einer Imagekampagne für das gesamte Programmgebiet führen. So etwas kostet jedoch Geld und dieses nicht zu wenig, wie der Werbefachmann sicherlich nicht ohne ein gewisses Eigeninteresse die Forumsbesucherinnen und -besucher wissen ließ. Das Forum konnte sich anschließend zwar nahezu

einstimmig für ein derartiges Vorhaben aussprechen, doch in der Stadtverwaltung gab es hierfür kein Geld. Folge: Die personelle Mitarbeit in der Themenarbeitsgruppe „Image und Öffentlichkeitsarbeit" schrumpfte auf ein Minimum. Wen wundert's?

Ein zweites Beispiel führt unter den Gesichtspunkten des Community Organizing zu ungleich größerem Unwohlsein. Auf Grund angeblich rückläufiger Schülerzahlen, was aber in anderen Stadtbezirken Leipzigs keineswegs anders ist, sollte das einzige im Programmgebiet noch verbliebene Gymnasium nach Vorgabe des kommunalen Schuldezernenten zum nächsten Schuljahresbeginn geschlossen werden. Die Schülerinnen und Schüler des zum Stadtteil hin sehr geöffneten Felix-Klein-Gymnasiums sowie ihre Lehrerinnen und Lehrer erhielten - bezeichnenderweise wiederum zum Ende einer Forumssitzung - die Gelegenheit, auf diese Problematik mit all ihren negativen Konsequenzen für den Stadtbezirk (z.B. Wegzug der Familien mit schulpflichtigen Kindern) aufmerksam zu machen. Alle Bemühungen um eine nachhaltige Aufwertung des Wohngebietes würden mit diesem Schließungsbeschluss konterkariert. Erst nach hartnäckigem Drängen einzelner Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmer sah sich die Moderatorin schließlich gezwungen, eine Empfehlung des Auditoriums an die Stadtmütter und -väter zum Erhalt dieses Gymnasialstandortes anzunehmen. Und damit hatte sich die ganze Sache erst einmal erledigt - bis zur nächsten Forumssitzung wenige Tage vor der entscheidenden Stadtratssitzung. Das Thema stand nun weiter vorne auf der Tagesordnung und das örtliche Schulamt hatte sogar einen allerdings nachgeordneten Mitarbeiter entsandt, der den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Forums Leipziger Osten" hinsichtlich der beabsichtigten Schulschließung nun Rede und Antwort stehen sollte. Dies konnte selbstverständlich nur zu sehr unbefriedigenden Ergebnissen führen und drei Tage später beschloss der Stadtrat von protestierenden Eltern aus dem Leipziger Osten weitgehend unbehelligt tatsächlich die Schließung des Felix-Klein-Gymnasiums. Was wäre hier nicht alles möglich gewesen, hätte man die Empörung und Verärgerung der Eltern wirklich aufgegriffen und in ein strategisches Handeln geleitet! Aber das ist ja schließlich nicht die Aufgabe einer Moderatorin.

Auf ein letztes, allerdings bislang rein hypothetisches Problem sei hier am Ende der Überlegungen ebenfalls hingewiesen. Gesetzt den Fall, das „Forum Leipziger Osten" erhielte tatsächlich zu irgend einem Zeitpunkt weitergehende Entscheidungsbefugnisse als beispielsweise über den Slogan für den Stadtbezirk abzustimmen, welche demokratische Legitimation hätte es denn? Nicht nur die bis zu 80 Prozent „Ortsfremden", sondern auch die zufälligen Mehrheiten - heute z.B. die Jugendlichen, wenn es um ihren Jugendtreff geht und bei der nächsten Forumssitzung vielleicht die Seniorinnen und Senioren, weil es sich um deren Ruhebedürfnis im gleichen Straßenzug handelt - würden dann ein noch zu lösendes Problem darstellen. Und wie verhält es sich mit der Konkurrenzsituation zu den gewählten kommunalpolitischen Gremien auf Stadtbezirksebene? Diese eher verwaltungstechnisch zugeschnittenen, zum Teil aber auch historisch gewachsenen Sozialräume bewegen sich innerhalb ganz anderer räumlicher Ausdehnungen als die qua Förderrichtlinie festgesetzten Grenzen des Programmgebietes „Soziale Stadt". Bislang arbeiten Stadtbezirksbeirat und „Forum Leipziger Osten" weitgehend isoliert nebeneinander. Gemeinsam ist beiden die geringe Bürgerbeteiligung und vorallem das Nicht-Infragestellen der etablierten Machtstrukturen. Aber erwartet man da von ministeriellen Förderprogrammen bzw. kommunalpolitischen Mandatsträgerinnen und -träger vielleicht nicht auch zu viel?

Jan Zychlinski: Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit (GWA) als Partner in der sozialen Stadt(teil)entwicklung (Leipzig)

In der Diskussion um eine soziale Stadt(teil)entwicklung, wie sie vor allem mit der Einrichtung des Bund-Länder-Programms "Die Soziale Stadt" in Gang gekommen ist, nimmt die GWA einen eher geringen Platz ein. Ihre traditionelle Stellung als Stadtteilarbeit wird sowohl programmatisch wie auch in der Praxis der ausgewählten Standorte immer häufiger durch das neu etablierte Instrument des Quartiersmanagements eingenommen.

Diese Entwicklung birgt einerseits ein großes Konfliktpotential in sich, wie nicht zuletzt die Auseinandersetzung zwischen bereits bestehenden Bewohnerinitiativen und dem frisch eingesetzten Quartiersmanagement 1999 in Berlin gezeigt hat. Auf der anderen Seite kann aber gerade mit dieser öffentlichen Aufwertung von Stadtteilarbeit auch eine Neuorientierung und -profilierung von GWA stattfinden, wobei sich hier eine Partnerschaft mit dem Quartiersmanagements als sehr produktiv erweisen könnte.

Um allerdings zu einer solchen Partnerschaft zu kommen, muß zunächst eine Standortbestimmung der beiden Ansätze erfolgen, welche die jeweils eigenen Qualitäten hervorhebt und aus der heraus sich eine gemeinsame Perspektive entwickeln läßt.

In den letzten Jahren ist eine starke Diskussion um das Selbstverständnis der GWA in der Bundesrepublik in Gang gekommen. Nach einer zumindest in der Theorie und der öffentlichen Diskussion "kämpferischen" Phase, in der das Aufdecken von Widersprüchen, die Mobilisierung der Benachteiligten und allgemeine Politisierung sozialer Arbeit auf dem Programm standen, hat sich zunehmend eine Positionierung als Partner innerhalb der sozialen Stadtentwicklung herausgebildet. Diese Diskussion ist z.B. in den Dokumentationen der letzten beiden GWA-Werkstätten im Burckhardthaus Gelnhausen[1] nachzuvollziehen. Auch die bevorstehende Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft "Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit" ist ein wesentlicher Schritt in diesem Prozess.

Ein Umstand, der bei der Schärfung der Instrumente unbedingt berücksichtigt werden muß, ist die unterschiedliche Entstehungsgeschichte bzw. die Art der Etablierung von GWA-Projekten bzw. Quartiersmanagement. Sind die Projekte der GWA traditionell häufig aus den Stadtteilen heraus entstanden, so handelt es sich bei den Quartiersmanagements, egal in welcher Trägerschaft sie durchgeführt werden, grundsätzlich um durch die Kommunen eingerichtete Stellen[2].

Eine besondere Rolle nehmen auch die Neuen Bundesländer ein, in denen es vor 1989 eine GWA im eigentlichen Sinne nicht gegeben hat. Nur in ganz wenigen Fällen haben sich in den Zeiten des Umbruchs entstandene Initiativen zu tatsächlichen Trägern von GWA-Projeken entwickeln können. Vielmehr ist die Soziale Arbeit im Osten fast durchgängig von Einzelfall- und Zielgruppenarbeit geprägt gewesen und weiterhin geprägt.

Dieser historischen Entwicklung ist es zu verdanken, dass die im Zuge der "Sozialen Stadt" eingerichtete Quartiersmanagements häufig wirklich eher – sozusagen "nachholenden" - GWA-Projekten gleichen und somit eine Klärung der Spezifik der Instrumente erschweren. Ähnliche Tendenzen sind allerdings auch in den anderen Bundesländern festzustellen, in denen die GWA-Szene nicht so ausgeprägt war und ist. Hier trifft die häufig a us den Reihen der GWA geäußerte These vom "alten Wein in neuen Schläuchen" zumindest teilweise zu, was allerdings keine Bewertung der Qualität der Arbeit bedeutet.

Neben dem Umstand der Implementierung der QMs in die Stadtteile, die auf Initiative der Kommunen im Kontext unterschiedlicher

[1] Essentials der GWA – Zwischenbilanz und Ausblick. Dokumentation der 10. Werkstatt Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen 2000:

Gillich. St.: (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit - Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung. Gelnhausen 2002

Ein weiterer Beleg diese Diskussion findet sich im Jahrbuch Stadterneuerung 2001. in welchem Dieter von Kietzell eine Aufsatz unter dem Titel "Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement: Beide sind notwendig für die Entwicklung einer sozialen Stadt" veröffentlichte. Allerdings trägt dieser Aufsatz m.E. an einigen entscheidenden Stellen eher wieder zu Verunklärung der beiden Begriffe bei.

[2] Dieter von Kietzell sieht beide Ansätze als durch die Kommune initiiert und teilweise auch durch diese umgesetzt.

Programme erfolgt, ist auch das Spektrum der Trägerlandschaft ein deutlich breiteres als das der GWA. Nur ein kleinerer Teil der beauftragten Institutionen und Gesellschaften entstammt dem Bereich der Wohlfahrtspflege bzw. der Sozialen Arbeit. Vielmehr sind es häufig Planungsbüros, Sanierungs- bzw. Wohnungsbauträger und in einigen Fällen die Kommunen selbst, welche die Aufgaben des Quartiersmanagements in den ausgewählten Stadtteilen übernehmen. Das hiermit erhebliche Veränderungen in den inhaltlichen Schwerpunkten gegenüber der GWA erfolgen, liegt auf der Hand. Neben der Ausrichtung auf das Programm "Soziale Stadt" als einer spezifischen Form der *Städtebauförderung* zeigt sich mit der Erweiterung des Trägerspektrums aber auch die Erweiterung der Handlungsfelder und Aufgaben von Quartiersmanagement gegenüber der GWA.

Was nun ist der eigentliche Unterschied zwischen den beiden Ansätzen, wenn Quartiersmanagement mehr als nur eine Fortführung der GWA unter einem anderen Namen sein soll und, was hier vornehmlich interessiert, was sind die Gemeinsamkeiten, die zu einer Partnerschaft im Stadtteil führen können?

Bei beiden Arbeitsansätzen steht auf jeden Fall der Stadtteil im Mittelpunkt. Während aber für die GWA der *unmittelbare* Bezug zu den Bewohnern, ihren Interessen und Lebenslagen im Vordergrund steht, sie aus dieser Perspektive heraus mit den anderen Akteuren vor Ort kooperiert, bildet die Kooperation mit den und die Vernetzung der unterschiedlichsten Akteure im Quartier (aber auch darüber hinaus) den Arbeitsschwerpunkt des Quartiersmanagements. Aus seiner Sicht stellt sich der Stadtteil sozusagen als Gesamtsystem dar, in dem jedes Element quasi den gleichen Stellenwert hat. Während GWA vor allem in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (oder wie man früher sagte, in "sozialen Brennpunkten") wirksam wird, eignet sich das Quartiersmanagement aufgrund des breiten Spektrums seiner Handlungsansätze dazu, als ein grundsätzliches Entwicklungsinstrument in sich verändernden (sozial, ökonomisch, städtebaulich, etc.) Stadtteilen qualifiziert zu werden.

Anders als die GWA, die sowohl in gewissem Sinne anwaltschaftlich für bestimmte Gruppen von Bewohnern und Bewohnerinnen arbeitet wie auch - zum Beispiel mit den Ansätzen von community organizing - eine aktivierende Funktion in der Bewohnerschaft hat, sieht das QM die *Aktivierung der Stadtteilakteure* als vorrangige Aufgabe. Als Mittel dazu sollten das Prinzip der *kooperativen Projektarbeit* und *die Netzwerkarbeit* systematisch entwickelt und ausgebaut werden. Hierbei steht viel deutlicher das Miteinander und der Ausgleich der Interessen der Beteiligten im Vordergrund, also die Entwicklung von gemeinsamen Perspektiven, als die Durchsetzung der Interessen einer bestimmten Gruppe. Kooperative Projektarbeit bedeutet dabei, dass jeweils mehrere Akteure an einem, inhaltlich möglichst bereichs- und zielgruppenübergreifendem Projekt zusammen arbeiten, und dass sich diese Kooperation gleichzeitig grundsätzlich auf die Kultur des Miteinanders im Quartier auswirkt. Aus der Orientierung an diesen Prinzipien resultiert auch, dass das QM nur in den seltensten Fällen selbst als Projektträger auftreten sollte, sondern vielmehr als Begleiter und Koordinator.

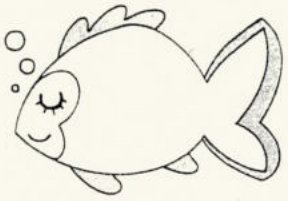
Mit der Entwicklung von neuen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen für den gesamten Stadtteil und der Einbindung in die Erarbeitung der in den Programmpapieren vorgegebenen integrierten Handlungskonzepte übernimmt das Quartiersmanagement auch eine strategische Funktion. Die an vielen Stellen beschriebene *vertikale Vernetzung* spielt hierbei eine besondere Rolle. D.h. auch, dass durch das Quartiersmanagement die Ideen und Anregungen, aber auch die Problem "vor Ort" an die entsprechenden Stellen in der Verwaltung, der Kommunalpolitik aber auch die höheren Etagen z.B. der Wohnungswirtschaft transportiert werden, andererseits die dort formulierten Programme und Konzepte an der Basis tatsächlich auch im Sinne des Stadtteils und seiner Bewohner umgesetzt werden.

Hinsichtlich des Themenkomplexes Bürgerbeteiligung und -aktivierung, welcher ja seit jeher die Domäne der GWA ist, hat das Quartiersmanagement ebenfalls die Aufgabe, die notwendigen *Strukturen* für eine funktionierende (nicht als Alibi benutzte) Beteiligung zu schaffen. Den Part der Aktivierung allerdings kann und sollte das QM

den Vertretern der GWA bzw. aktiven Bürgern selbst überlassen, da sich die hierzu notwendige Parteinahme nicht mit dem das QM konstituierende Neutralitätsprinzip vereinbaren lässt.

Hier ist auch schon ein Punkt beschrieben, wo die Partnerschaft der beiden Arbeitsansätze vor Ort greifbar wird. Viele Belange, wie z.B. kleinteiligen Projektumsetzung, Nachbarschaftsarbeit spezifische Problembearbeitungen von einzelnen Gruppen oder eben die Aktivierung der Bewohner sind durch das Quartiersmanagement nur bedingt oder eben gar nicht zu leisten. Hier können (und sollten!) gemeinwesenorientierte Projekte mit ihrem spezifischen Blickwinkel ergänzend wirken, aber darüber hinaus auch ein eigens Profil innerhalb der Quartiere entwickeln. Dabei können sie die im Kontext des QM entwickelte Strukturen nutzen bzw. umgekehrt diesem eigene Arbeitszusammenhänge eröffnen. Auf jeden Fall sollte bei parallel verlaufenden Entwicklungen in einem Stadtteil eine Konkurrenz zwischen den Trägern von GWA und QM vermieden, und, wenn sie aufgrund der Entstehungsgeschichte vorhanden sind, möglichst konstruktiv abgebaut werden.

Es geht keinesfalls darum, den einen Ansatz höher zu bewerten als den anderen bzw. die GWA sozusagen als Handlanger für das Quartiersmanagement zu fixieren. Aber gerade mit einer zunächst deutlichen *konzeptionellen Standortbestimmung* kann m.E. die Grundlage für eine *praktische Partnerschaft* gelegt werden. Denn eines ist auf alle Fälle klar: Der Stadtteil, das Quartier mit seinen Bewohnern und allen anderen Akteuren steht im gemeinsamen Mittelpunkt – und es gibt Arbeit genug!!!



Die ***foco***–Vereinsadresse: Peter Szynka
Bohlenweg 5a
26188 Edewecht
Tel.: 04486/8375
peter.szynka@diakonie-oldenburger-land.de

Impressum: Der ***foco-Rundbrief*** wird herausgegeben von ***foco e.V***

Redaktion dieser Ausgabe: Ute Fischer, Friedrichstraße 103, 52070 Aachen

M. Rothschuh: Texte zur Auswertung der Programme zur Sozialen Stadt

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), 2002: Die Soziale Stadt, Berlin

Suche in www.sozialestadt.de 2.7.2002 mittels Suchmaschine

Klaus Austermann u. Ralf Zimmer-Hegmann:, 2000: Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Evaluationsbericht zum nordrhein-westfälischen Landesprogramm,
Dortmund 2000, ILS-Schriften Bd. 166, ISBN 3-8176-6166-5 Preis: 15 EUR

ELSES - Evaluation von lokalen sozio-ökonomischen Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, http://www.ils.nrw.de/netz/elses_1/overview_de.htm:
Ein internationales Forschungsprojekt, finanziert von der Europäischen Kommission, bei dem Projekte in verschiedenen europäischen Ländern evaluiert werden, entwickelt vom ILS in NRW

Tagungsankündigung: ILS am 15.7.2002 Ziele und Indikatoren in der integrierten Stadtteilerneuerung am 15. Juli 2002 in Dortmund, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), http://www.ils.nrw.de/aktuell/veranst/020715th.htm

Wie werden Bewohnerschaften zu handlungsfähigen Akteuren und welchen Beitrag können sie im Rahmen des Erneuerungsprozesses leisten?

Um in den Genuss der ressortübergreifenden Förderung zu kommen, verlangt das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" von den Kommunen, dass sie stadtteilbezogene integrierte Handlungskonzepte aufstellen, wozu auch die Bewohnerbeteiligung und –aktivierung in den benachteiligten Gebieten gehören. Der Umsteuerungsprozess wird programmatisch als „Erneuerung von unten" beschrieben, wobei die Bewohner/innen „die Entwicklung ihrer Stadtteile selbst in die Hand nehmen sollen". Neben der Lokalpolitik, der Stadtverwaltung, Wohnungsbaugesellschaften und örtlichen Institutionen sollen auch die Bewohnerschaft zum Akteur werden – ein hoher Anspruch, da es die Bewohnerschaft als „handlungsfähiges Subjekt" im Regelfall nicht gibt. Wie soll dieses „Konstrukt" aussehen und was muss geschehen, damit so etwas in benachteiligten Gebieten entsteht?

Aufbau von eigenständigen Interessenvertretungen

Mit dieser Frage und deren praktischer Umsetzung beschäftigt sich das Büro für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren (GWA-Büro) seit Anfang der 80er Jahre. Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit war von Beginn an ausgerichtet auf benachteiligte Stadtteile, in denen die Lebensqualität z.B. durch schlechte Wohnbedingungen oder eine unzureichende Infrastruktur spürbar eingeschränkt war. Das GWA-Büro unterstützt und berät Bewohner/innen (unzufriedene, empörte, motivierte ...) beim Aufbau eigenständiger Interessenvertretungen bzw. Bürgergruppen, die auf Dauer zusammenarbeiten und eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen. Den von uns praktizierten Arbeitsansatz nennen wir heute „Gemeinwesenarbeit als Organisationsberatung". Es geht um die Entwicklung angemessener Organisationsformen, die den Möglichkeiten und Fähigkeiten der beteiligten Bewohner/innen entsprechen und die sich an demokratischen Prinzipien orientieren.

Um diese Ziele zu erreichen, hat das GWA-Büro in den letzten Jahren ein spezielles Know-how entwickelt, das einer ständigen Reflexion bedarf, da die Verhältnisse vor Ort sehr unterschiedlich sind, z.B. was die Größe der Wohnquartiere anbetrifft, oder sich durch Fluktuation die Zusammensetzung der Bewohnerschaft ändert. So ist beispielsweise auch immer wieder die Frage zu stellen, ob die einmal entwickelten Organisationsformen noch geeignet sind, die formulierten Ziele und angestrebten Verbesserungen auch zu erreichen.

Erfolgreiche Arbeit des Bürgervereins Satellitenviertel e.V.

Die erste selbständige Interessenvertretung entstand im Dürener Satellitenviertel. Im Lau-

Mit dem jüngsten Projekt „Wohnquartiersbezogene Aktivierung in Düren Süd-Ost" ist es dem GWA-Büro gelungen, Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" zu finden, das eng an das bereits 1993 aufgelegte NRW-Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" anschließt. Das GWA-Büro erhielt 1999 den Auftrag, die Bewohner/innen wohnquartiertsbezogen beim Aufbau von eigenständigen Interessenvertretungen zu beraten. Es geht nicht darum, möglichst schnell angebotsorientierte Projekte zu entwickeln, sondern im Stadtteil mit den Bewohner/innen neue Strukturen aufzubauen oder vorhandene zu stärken, damit die Bewohnerschaften zum Akteur werden und den Veränderungprozess aktiv mitgestalten.

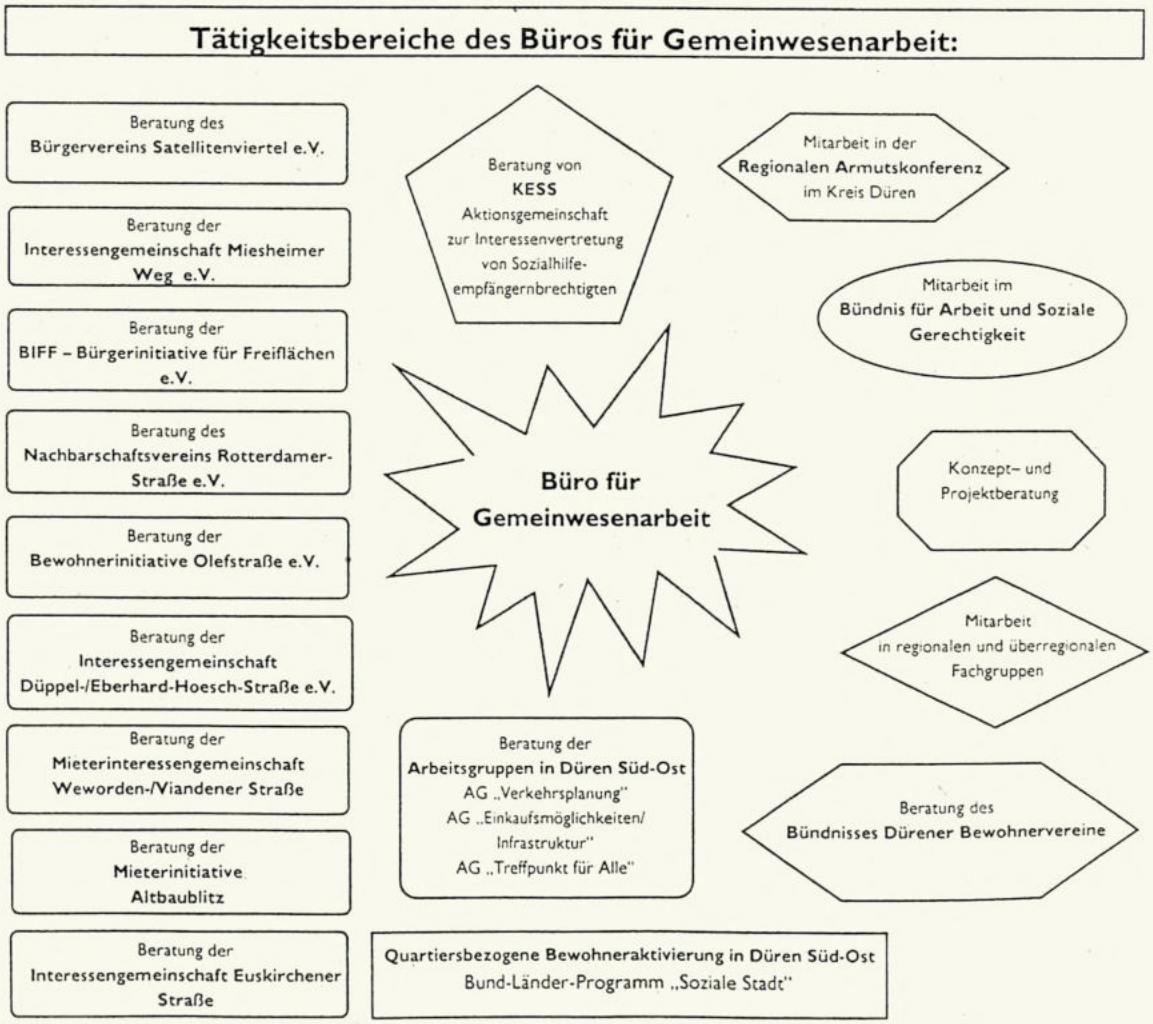
fe seiner Geschichte wurde der Bürgerverein Satellitenviertel e.V. zu einer der größten Bewohner/innen-Selbstorganisationen in der BRD. Für seine erfolgreiche Arbeit erhielt der Bürgerverein 1999 unter 187 Bewerbern den 1. Preis in einem bundesweiten Wettbewerb des Vereins Aktive Bürgerschaft e.V. mit Sitz in Münster. Das nachfolgende Schaubild gibt einen Einblick in den Aufbau und die verschiedenen Aktivitäten des Bürgervereins.

Die Arbeitsgruppen agieren selbständig und treffen satzungsgemäß die Entscheidungen, die für die Erledigung ihrer Aufgaben notwendig sind. Bei umfangreichen Aktionen, die risikobehaftet sind und einen hohen Arbeits- und Organisationsaufwand nach sich ziehen, z.B. Verweigerung einer Mieterhöhung mit Hunderten von Familien, und kostenaufwendigen Vorhaben sind vorher Beschlüsse der Mieterversammlung einzuholen.

Jede Arbeitsgruppe wählt eine/n Vertreter/in und eine/n Stellvertreter/in, die die Arbeitsgruppe nach außen und im Gesamtvorstand vertreten. Der Gesamtvorstand ist zuständig für alle Aufgaben und Fragen, die nicht von den Arbeitsgruppen abgedeckt werden. Der geschäftsführende Vorstand ist lediglich ausführendes Organ, hat jedoch wichtige Aufgaben wahrzunehmen, z.B. die Vorbereitung des Gesamtvorstands, der inklusive der zwei beratenden Mitglieder (Berater/innen des GWA-Büros/von der Jahreshauptversammlung gewählt) insgesamt zwölf Personen umfasst.

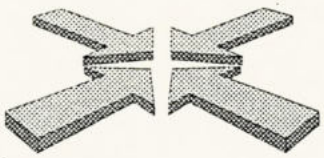
Keine Stellvertretung

Gemeinwesenarbeit, wie wir sie verstehen, ist im Wesentlichen das Tätigwerden der Bewohnerschaft, wobei die Außenvertretung durch die gewählten Bewohnervertreter/innen selbst wahrgenommen wird. Die Mitarbeiter/innen



In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben des GWA-Büros vielfältiger geworden und das Wirkungsfeld wurde erweitert. Heute gehören zu unserem Büro 10 Kolleginnen und Kollegen, davon 8 Gemeinwesenarbeiter/innen mit einem Beschäftigungsumfang von 6,0 Stellen.

Der Bürgerverein heute
Aufbau und Aktivitäten



Jahreshauptversammlung oder außerordentliche Mitgliederversammlung

Mieterversammlung (1 x monatlich)

Gesamtvorstand (Treffen 1 x monatlich) bestehend aus:

Geschäftsführender Vorstand: 1.und 2. Vorsitzende/-r sowie zwei Kassierer/-innen und

je zwei Vertreter/-innen aus Arbeitsgruppen sowie zwei beratende Mitglieder

Arbeitsgruppen:

Sprechstunde

Mieten

Bürgerhaus

Grabeland

Freizeit

Kinder– und Jugendabteilung

Ist eine selbständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft des Satellitenviertels

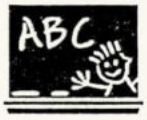
ihm gehören mittlerweile über 400 Familien als Mitglied an

Ist eine der größten Bewohner/-innen – Selbstorganisationen in der Bundesrepublik

vertritt die Belange der Bewohnerschaft gegenüber Behörden, Institutionen und in der Öffentlichkeit

Bemüht sich um mehr Nachbarschaft und Gemeinschaft im Viertel

Setzt sich ein für ssere Freizeitangebote, führt Familienwochenenden, Tagesfahrten und multikulturelle Reisen durch



Bietet 2 x wöchentlich Sprechstunden an, 5 x Hausaufgabenhilfe, Computerkurse, Mädchenangebote und jährlich eine zweiwöchige Ferienaktion

veranstaltet Sommerfeste, Weihnachtsfeiern und Tanzabende

Verwaltet 28 Stadtrandgärten

setzt sich ein für bessere Kinderspielplätze sowie für Treffpunkte für Jugendliche und Erwachsene

Bereitstellung von Räumen für Aktivitäten der BewohnerInnen und für private Feiern

Der Bürgerverein erreicht auch Verbesserungen in Zusammenarbeit mit gemeinsamen Aktionsbündnissen auf Stadt– und Kreisebene:

Aktionsgemeinschaft **KESS**, mit der Interessengruppe Sozialhilfe e.V. und dem Arbeitslosenzentrum Düren e.V. zur Erreichung von Verbesserungen für alle Sozialhilfeempfänger/-innen im Kreisgebiet

Bündnis Dürener Bewohnervereine

Regionale Armutskonferenz und **Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit** im Kreis Düren zur Herstellung von Öffentlichkeit zur Armutsproblematik und Gesprächen mit Verwaltung und Parteien

Stand: 4/2002

des GWA-Büros handeln nicht stellvertretend für die Bewohnerorganisation, sondern beraten und unterstützen sie im Innenverhältnis, z.B. in den Arbeitsgruppen, wenn es um die Planung von Aktionen oder die Vorbereitung von Verhandlungen geht.

Unsere Aufgaben gehen über den bekannten Arbeitsansatz „Hilfe zur Selbsthilfe" hinaus und beinhalten im Wesentlichen Aufbauarbeit und Aktivierung, Organisationsberatung, Strategie- und Taktikberatung sowie Recherchen und Hintergrundarbeit. Je nach Entwicklungsstand werden unsere Beratungsleistungen wie auch die Verantwortlichkeiten der Bewohnerschaft geklärt und die Verteilung der Aufgaben ausgehandelt.

Dies erfordert auf Beraterseite ein hohes Maß an Rollenklarheit, nicht selten stolpern wir über unsere eigene Sozialarbeiter-Geschichte und geraten in die Rolle des Fürsorgers, der für alles Verständnis hat und zu früh aufhört zu fragen, was der andere aus eigener Kraft selbst tun kann. Dafür reichen deklaratorische Erklärungen nicht aus, neben Haltung (Neugierde) und Menschenbild (aufrechter Gang) ist auf Beraterseite ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit, Erfahrung und Flexibilität erforderlich.

GWA als Organisationsberatung

Nach unseren Erfahrungen brauchen Bewohnerorganisationen je nach den vorhandenen Ressourcen und je nach Komplexität der Situation oder Fragestellung mehr oder weniger Unterstützung im Sinne von Organisationsberatung. Organisationsberatung stellt nicht die Souveränität der Organisation in Frage. Schließlich nehmen auch gut bezahlte Manager Beratung von außen in Anspruch. Dann können auch Bürger/innen, die sich ohne besondere Vorbildung in ihrer Freizeit für hoch komplexe Problemlösungen engagieren – manchmal geht es auch schon mal um eine Million, Beratung in Anspruch nehmen, ohne dass damit ihre Selbständigkeit in Frage gestellt wird. Dabei ist es jedoch wichtig, dass die Berater immer wieder ihre Rolle und ihren Auftrag (und ihre begrenzten Möglichkeiten/Einfluss) transparent machen und sich aus den Entscheidungen, die von Bewohnerseite zu treffen sind, sowie den Außenvertretungsaufgaben konsequent heraushalten.

Dieses Rollenverständnis verträgt sich nicht mit den sogenannten „intermediären Instanzen", die sich selbst als Vermittler zwischen der Lebenswelt im Stadtteil und dem Rathaus, der Verwaltung etc. definieren, ohne dass darüber ein Auftrag von Seiten der Bewohnerschaft eingeholt wurde. Dabei wird nach unserem Dafürhalten auch der Frage zu wenig Beachtung geschenkt, welche Effekte dadurch letztlich erzielt werden und insbesondere welchen Gebrauchswert sie aus Bewohnersicht haben. Es geht nicht um Schwarz-Weiß-Malerei, sondern um die differenzierte Betrachtung, dass die Einrichtung von „intermediären Instanzen" nicht allein glückselig machend ist.

Bewohnerorganisationen können eine größere Durchsetzungs- und Gestaltungskraft entwickeln, wenn sie klug agieren und sich ihre Unabhängigkeit bewahren. Sie sind authentischer, unterliegen keiner Weisungsbefugnis, können souverän handeln, phantasiereiche Aktionen entwickeln und den direkten Weg zur Entscheidungsinstanz gehen, ohne in den Amtsmühlen zerrieben oder den Vorzimmern

„Die jetzige Organisationsstruktur des Bürgervereins berücksichtigt die unterschiedlichen Interessen der Bewohnerschaft und führt sie unter ein Dach zusammen. Jede Altersgruppe, jede Nationalität im Viertel ist beteiligt und eingeladen zur Mitarbeit. Alle wichtigen Entscheidungen werden von der Mieterschaft gemeinsam getroffen ..."

„Heute ist der Bürgerverein in ganz Düren bekannt und wird als eigenständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft anerkannt und ernst genommen. Durch seine langjährigen Aktivitäten hat er mit dazu beigetragen, dass durch solidarisches Handeln und Hilfe auf Gegenseitigkeit spürbare Verbesserungen für unser Viertel und darüber hinaus erreicht werden konnten ..."

Auszüge aus der Rede des Bürgervereinsvorsitzenden Heinz Blatzheim anlässlich der Preisverleihung am 24.11.1999 in Münster

von Wohnungsbaugesellschaften zu versauern. Dafür sind professionelle Beratungskapazitäten erforderlich, sowohl was den Umfang als auch die Qualifizierung anbetrifft.

Verkannt werden sollen dabei nicht die Schwierigkeiten und alltäglichen Unabwägbarkeiten, die den Aufbau von Bewohnerorganisationen erschweren können (Überforderung der aktiven Bewohner/innen wie auch der Berater/innen, ausbleibende Erfolge, Größe des Gebiets, Fluktuation, Alleingänge einzelner Bewohnervertreter/innen, Unsicherheit in der Beraterrolle, voreilige Übernahme von Aufgaben, die in den Verantwortungsbereich der Bewohnerorganisation fallen ...).

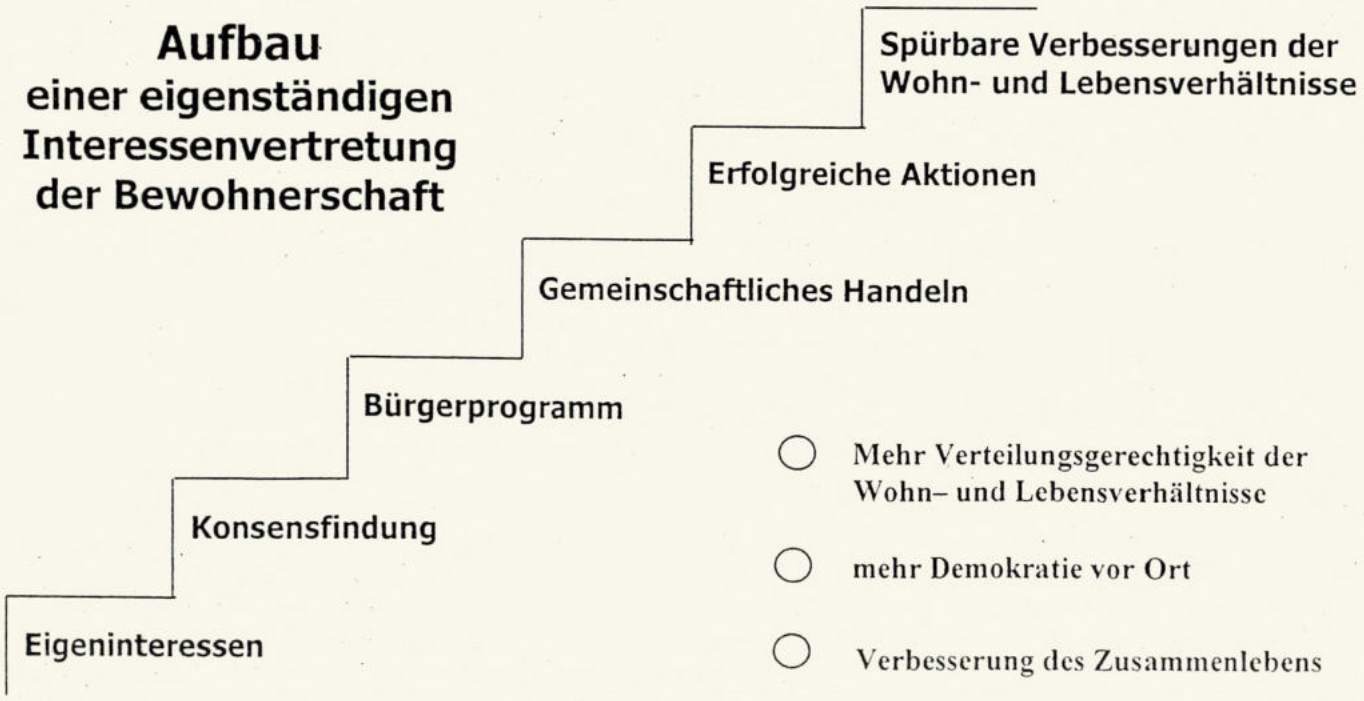
GWA-Bausteine

Wir fangen in einem Gebiet immer da an, wie die Situation ist und nicht, wie sie unserer Meinung nach sein soll. Wir eröffnen auch im Stadtteil kein Büro oder einen „Laden", da sich die Bewohnerschaft mit dem Träger – egal, welcher Couleur – im Regelfall nicht identifiziert (Stichwort: Kolonialisierung der Lebenswelten). Sofern im Laufe des Aktivierungsprozesses von Seiten der Bewohnerschaft ein Bedarf artikuliert werden sollte, können wir sie dabei unterstützen, dass sie eigene Räumlichkeiten bekommen. Wir diskutieren in der ersten Aktivierungsphase mit den Bewohner/innen nicht darüber, was richtig oder verkehrt ist. Wir versuchen z.B. in offenen Gesprächen herauszufinden, was ihnen unter den Nägeln brennt, welche Wünsche und Bedürfnisse (= Eigeninteresse) sie haben und was sie bereit sind, selbst für die notwendig erachteten Verbesserungen zu tun. Es geht dabei nicht um allgemeine Probleme, sondern um konkrete Themen, die gewinnbar sind. Im weiteren Verfahren wirken wir darauf hin, dass

- interessierte Bewohner/innen zusammenkommen und einen Aktionskern bilden, der auf Dauer zusammenarbeitet;
- über Konsensfindung und Bildung von Prioritäten aus Eigeninteressen gemeinsame Interessen werden;
- Entscheidungabläufe und Verantwortlichkeiten abgestimmt und erste Absprachen getroffen werden, wie die gewünschten Veränderungen gemeinschaftlich umgesetzt werden können.

Eigenes Programm der Bewohnerschaft = Bürgerprogramm

Aus den konsensfähigen Interessen entsteht ein Programm (= Bürgerprogramm), mit dem sich möglichst viele Bewohner/innen in einem Gebiet identifizieren können und was Perspektive sichtbar macht.



Es handelt sich dabei um konkrete Themen, die von der Beseitigung gravierender Wohnungsmängel über die Verweigerung ungerechtfertigter Nebenkosten-Nachforderungen bis zur Durchführung von Ferienspielaktionen oder der Schaffung besserer Einkaufsmöglichkeiten in Wohngebietsnähe reichen. Das Schaubild 3 gibt einen Überblick über die Vielzahl der Aktivitäten und Themen, die der Bürgerverein Satellitenviertel e.V. im Laufe der Jahre erfolgreich bearbeitet hat.

Bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms hat sich gezeigt, dass ein von der Bewohnerschaft aufgestelltes Bürgerprogramm nicht immer mit dem von der Stadt aufgestellten Handlungsprogramm kompatibel ist und zu Zielkonflikten führen kann. Mit Unterstützung des städtischen Projektbüros konnten jedoch verschiedene Vorhaben auch im sozialen Bereich auf den Weg gebracht und über das Bund-Länder-Programm gefördert werden, was auf Grund der knappen Finanzen über den städtischen Haushalt kaum möglich gewesen wäre.

In unserem jüngsten Projekt nutzten wir an zentralen Stellen des Wohngebiets als Medium einen modellhaften Stadtplan, der auf Grund seiner Größe Aufsehen erregte. Dadurch kamen viele interessante Gespräche in Gang, in denen auch nach dem Veränderungsbedarf gefragt wurde.

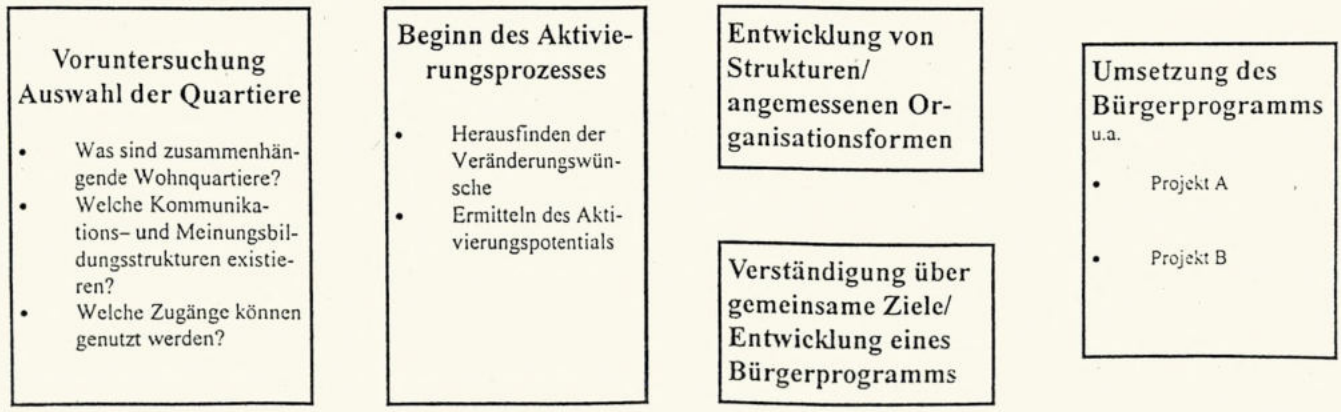
Bei einer gut besuchten Bewohnerversammlung bildeten sich drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Verbesserung Einkaufsmöglichkeiten/Infrastruktur", „Verkehrsplanung" und „Treffpunkte für alle". Mittlerweile verfolgen viele bisher nicht aktive Bewohner/innen in einem Bündnis zusammen mit bereits bestehenden Bewohnerorganisationen ihre Ziele für Verbesserungen in Düren Süd-Ost.

Spürbare Verbesserungen für die Bewohnerschaft

Die Aktivitäten der Bewohnerorganisationen haben für die Bewohner und die verschiedenen Wohnquartiere zu spürbaren Verbesserungen geführt und Effekte erzielt, die auch für die Kommune von nicht unerheblichem Nutzen sind. Beispielhaft sind zu nennen:

1. Materielle Verbesserungen und größere Wohnzufriedenheit durch gewonnene Mietkonflikte, Beseitigung von Wohnungsmängeln, Korrektur von fehlerhaften Nebenkosten-Abrechnungen, Abwendung von Räumungsklagen, erfolgreiches Vorgehen gegen Mietpreisüberhöhung und Mietwucher, Verhinderung von Nachverdichtung, Umsetzung einer sozialverträglichen Modernisierungsstrategie, Kostenreduzierung durch neues Müllkonzept für Hochhäuser

2. Verbesserung der Infrastruktur im Bereich Wohnumfeld, Bau eines großen Spielparks, Verkehrsberuhigung, Erhalt von Frei- und Spielflächen, Schaffung eines Bürgerparks, Errichtung einer Kleingartenanlage, Stadtrandgärten für türkische Bewohner/innen, Errichtung einer Spielanlage mit den Pächter/innen der Stadtrandgärten, günstigere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnquartiersnähe



„Erneuerung von unten" - ein Prozess

3. Verbesserung der Nachbarschaft und des Gemeinschaftsgefühls sowie gegenseitiger Hilfe im Alltag, Organisation von Festen und Ferienspielen und Ferienspielen, Schaffung und Unterhaltung von Treffpunkten, Hausaufgabenhilfen als integriertes Angebot, Frauentreffs, wohnortsnahe (Bildungs-)Angebote für Kinder und Erwachsene

4. Verbesserung des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und Altersgruppen durch die von den Bewohnerorganisationen geschaffenen neuen Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten

5. Mehr Eigeninitiative, z.B. Mitarbeit bei der Erstellung und Unterhaltung von Spielplätzen, regelmäßige wöchentliche Sprechstunden, Mitarbeit in den Arbeitsgruppen, Übernahme von Vertreterpositionen, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen

6. Einsatz für mehr Gerechtigkeit anhand von konkreten Themen vor Ort, Stärkung des Rechtsbewusstseins, nicht nur Recht haben, sondern sie auch bekommen, Ankopplung ans Rechtssystem

7. Entwicklung von „Hilfe auf Gegenseitigkeit" und mehr Verantwortung für das Gemeinwesen

Ausreichende Beratungsressourcen und spezielles Know-how

Gerade Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Gebieten brauchen eigene Formen für Zusammenkünfte, Interessensaustausch und gemeinsames Handeln. Über herkömmliche Beteiligungsangebote allein werden sie nicht erreicht. Das hapert oft schon an der Sprache, z.B. Dialekt kontra Mittelschichtssprache. Programmatisch wird im Bund-Länder-Programm der Bürgerbeteiligung und –aktivierung bis hin zum Aufbau „selbsttragender Bürgerorganisationen" ein hoher Stellenwert eingeräumt. De facto sind die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen jedoch oft nicht ausreichend, wenn sie unter das Quartiersmanagement subsumiert werden, das noch andere Aufgaben hat.

Es ist deshalb sinnvoll und empfehlenswert, wie in Düren einen freien Träger, der nicht Teil der Verwaltungsstruktur ist, speziell mit

Auszüge aus dem Vertrag zwischen der Stadt Düren und der Evangelischen Gemeinde zu Düren über die „Erteilung eines Auftrags zur quartiersbezogenen Aktivierung im Stadtteil"

Nach dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" ist die Aktivierung der örtlichen Potentiale und insbesondere der Aufbau „selbsttragender Bürgerorganisation" grundlegende Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Stadterneuerung. Die Aufgabenteilung zwischen dem Projektbüro/Stadt Düren und dem GWA-Büro/Evangelische Gemeinde zu Düren orientiert sich an dieser Zielvorgabe:

- Das Projektbüro betreibt ein projekt- und maßnahmenbezogenes Stadtteilmanagement.
- Das GWA-Büro setzt die Aktivierungsarbeit, den Aufbau und die Beratung von Bewohnerorganisationen fort..
- Je nach Entwicklungsstand der Aktivierung wird zwischen zwei Kategorien von Gebieten unterschieden:
  a Gebiete, in denen die Primäraktivierung des GWA-Büros noch nicht abgeschlossen ist,
  b Gebiete, in denen aus der Primäraktivierung Bewohnerorganisationen entstanden sind.

Es besteht Konsens darüber, dass in den Gebieten der Kategorie a Beteiligungsangebote seitens des Projektbüros den Prozess der Aktivierung beeinträchtigen können. Von daher werden dort bis zum Abschluss der Primäraktivierung keine Beteiligungsangebote an die Bewohner/in-nen gemacht. In den Gebieten der Kategorie b wird durch das GWA-Büro Organisationsberatung angeboten, um den Prozess des Aufbaus von angemessenen Organisationsformen und –strukturen zu unterstützen. Beteiligungsangebote des Projektbüros werden unmittelbar an die bestehenden Organisationen gerichtet. Vierteljährlich findet zwischen der Projektgruppe und dem GWA-Büro ein Informationsaustausch statt.

dem Aufbau von Bewohnerorganisationen zu beauftragen und daneben separat ein städtisches Projektbüro einzurichten, das für die Koordination innerhalb der Verwaltung, die Abwicklung von Projekten und die Aquirierung der Fördermittel etc. zuständig ist.

Wenn Bewohnerschaften zum Akteur werden sollen, bedarf es eines eigenständigen Prozesses, der Raum und Zeit braucht und der auf Seiten der Bewohner/innen eigenen Bedingungen (Freizeit/nicht Arbeitszeit) unterliegt. Wird er zu sehr oder zu früh von außen gestört, kommt es zu Brüchen und Zielkonflikten. Von professioneller Seite ist dafür ein eigenständiger Arbeitsansatz erforderlich, der vom GWA-Büro seit Jahren in verschiedenen Dürener Stadtteilen erprobt und weiterentwickelt wird.

Hermann J. Schaaf
GWA-Büro Düren

Hille Richers

Zwischenbericht zum Handbuch aktivierende Befragung

Im letzten foco-Rundbrief gab es nur eine kurze Notiz, dass Maria Lüttringhaus und ich ein Handbuch zum Thema "Aktivierende Befragung " zusammenstellen wollen. Nun ist der Zeitplan klar: Die Stiftung Mitarbeit wird es zum Anfang nächsten Jahres herausbringen und - wie alle ihre Materialien- dann ins Internet stellen. Damals waren wir noch auf der Suche nach interessanten Beiträgen. Inzwischen sind wir und auch viele Beitrag-SchreiberInnen dabei (oder sogar schon fertig!) ihre Erfahrungen in kurzer ,prägnanter Form aufzuschreiben. Wir möchten neben einer Zusammenstellung von brauchbarer, aber längst vergriffener Literatur, einem Exkurs in die Philosophie aktivierender Gespräche und manchen "neueren Einsichten" vor allem praktische Beispiele vorstellen: So haben es xxx in yyy gemacht und diese Erkenntnisse haben sie daraus gezogen.....

Aktivierende Befragungen laufen an verschiedenen Orten sehr verschieden, Ziele bzw. Aufträge unterscheiden sich und mit den Ergebnissen wird sehr unterschiedlich weitergearbeitet. Dies wurde uns, als wir die "Angebote" für Beiträge sondierten so richtig deutlich. Dies möchten wir in seiner Vielfalt zusammentragen, ganz praktische Tipps und Arbeitshilfen geben aber auch Qualitäts--Standards und Grenzen benennen! Alle reden von Aktivierung- aber wer bestimmt die Ziele? Wem gehören die Ergebnisse einer Befragung ? Ist gewährleistet, dass es nach der Aktivierenden Befragung auch eine weitere Begleitung der Aktivierten gibt ?- auf was ist dabei zu achten, damit die Leute Spaß und Interesse haben, sich weiter zu engagieren!

Worauf ist besonders zu achten, wenn man Kinder und Jugendliche aktivieren will ? Nicht immer ist eine große Aktivierende Befragung angesagt- es gibt auch kleinere, praktikable Formen für den Alltag der Aktivierung. Das sind einige der Fragen, die in dem Buch bearbeitet werden. Ein erstes interessantes Nebenprodukt ist bereits entstanden: Da wir einen Ausschnitt aus dem(vergriffenen) Buch "Aktivierende Gemeinwesenarbeit" von Alf Seippel abdrucken wollten ,hatte ich übernommen den Kontakt zu ihm herzustellen. Im Gespräch stellte sich heraus, dass er noch einige Restexemplare des Buches bei sich stehen hatte, die er gerne an Interessierte - gegen eine Spende für den Verein, in dem er sich jetzt engagiert - abgeben würde. Ich habe das Buch jetzt noch einmal mit Begeisterung gelesen. Man spürt zwar deutlich den frischen Wind der frühen 70#ger Jahre- aber ich finde es immer noch hochaktuell und kann es nur unbedingt als Lektüre weiter empfehlen !

Bei mir- als "foco-Buchversenderin"- sind also noch einige Exemplare zu haben. Foco hat Alf Seippel zunächst mal 10 Euro pro Handbuch (es ist aufgeteilt in 2 Bücher) für seinen Verein "Sozialer Friedensdienst für die Verständigung mit Osteuropa" überwiesen. Wir möchten allerdings allen Käufern empfehlen, dass sie dem Verein noch eine zusätzliche Spende überweisen. Die Bücher sind sicher mehr wert als 10 Euro ! Über die 10 Euro wird auch eine *fOCO*-Rechnung ausgestellt. Buch-Bestellungen solange der Vorat reicht) bitte direkt an: Hille Richers, Roncallistraße 40, 52351 Düren. Telefon/fax:02421-54214
email: richers.hjj@t-online

„Vor dem ersten Mal versuche ich alles"

... drei Augenpaare wenden sich von ihrem aktuellen Kölsch ab und ihrem Gast zu, der sich sichtlich wohl fühlt in der „Braustelle" in Köln-Ehrenfeld.
Er heißt nicht Dr. Sommer sondern Paul Cromwell, ist knapp 50 Jahre und Head-Organizer von ICARE in Jacksonville/Florida.
Und die drei Augenpaare gehören zu drei jungen, engagierten SozialarbeiterInnen bzw. – pädagogInnen, die alle bereits mehr oder weniger aktiv „in CO machen" bzw. machten.
Die Frage zu der – nur auf den ersten Blick irritierenden – Antwort war die nach Form und Maß von Interventionen des Organizers im Aktivierungsprozess – sozusagen „Eigeninteresse-ergänzend".
„Wenn Sie zum ersten Treffen gekommen sind, lasse ich sie in Ruhe; dann können sie selbst entscheiden, ob sie weitermachen wollen oder nicht. Und wenn sie dann die Macht von 700 Menschen spüren, die sich einer Sache wegen versammelt haben, kommen sie sicher wieder."
Getroffen haben wir uns mit Paul, der gerade „Urlaub in Europa" macht, um uns über CO auszutauschen, doch erst einmal sprechen wir über uns, über unsere Hobbies und Leidenschaften, über Familie und Musik, Boxen und Glauben, Arbeit und Geschwister.
Sein Interesse am Menschen ist der Schlüssel für seine Arbeitsweise. Ihm muss man glauben, und es fällt schwer, sich seiner Aura zu entziehen. Er ist weder Theoretiker noch Taktierer; aber seine Überzeugung für eine bestimmte Sache ist stets zu spüren und bleibt nicht ohne Wirkung – auch bei uns nicht.
Und so endet dieser Abend schließlich nicht nur mit Absichtsbekundungen über den Austausch zwischen amerikanischen und deutschen Organizern, sondern mit Umarmungen und Adressenaustausch zwecks Musikaustausch.
Seitdem sind zig e-mails und mehr als ein halbes Dutzend selbstgebrannter CDs über den Atlantik versandt worden und ein Ende ist nicht abzusehen.
Und während wir – wieder in der Braustelle – wieder beim Kölsch sitzen, stellen wir fest, dass dies schon unsere zweite „Versammlung" ist. Somit ist unsere Aktivierung schon mal gelungen ...

Was ist ICARE?
ICARE steht für „Interchurch Coalition for Action, Reconciliation and Empowerment", einem Zusammenschluß von 35 Kirchengemeinden in Jacksonville, Florida.

Themen von ICARE:
- Stärkung der Zusammenarbeit von Kirchengemeinden mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen
- Verbesserung der Bildungschancen (Lese- und Rechtschreibfähigkeit) von „low-income" Kindern
- Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs
- „Living wage" statt „minimum wage": Kampf für einen Lohn, mit dem der Lebensunterhalt tatsächlich bestritten werden kann

Kontakt: Reverent Paul Cromwell, icarepc@bellsouth.net

Oliver Fehren / Mareike Mangold / Christoph Mülders

Chicago Tribune

FRIDAY, AUGUST 17, 2001

An organizer for all seasons

Gale Cincotta, 72, longtime community activist

GALE CINCOTTA 1929 - 2001

Activist fought discrimination on housing front

„We want it - they've got it - let's go get it

In diese einfachen Worte kleidete der „Chicago Tribune" Gale's Aktivismus – und zündender lässt er sich auch nicht zum Ausdruck bringen. Diese starke Frau, die ich auf etlichen Mitarbeiterkonferenzen während meiner Organizer-Zeit in Chicago erleben durfte, war in ihrer Analyse ebenso nüchtern, wie sie in ihren Aktionen leidenschaftlich war.

"Get the crooks," Gale Cincotta told Joe Mariano at her deathbed.

Langes Herumreden und Problematisieren war nicht ihr Ding. Was war das Problem, wieviele Truppen ließen sich dafür mobilisieren, wer war der Gegner, was sein Selbstinteresse, mit welcher Strategie ließ er sich „festnageln" – nach der sachlichen Klärung dieser Fragen mutierte Gale zur Dampfwalze, die ohne Rücksicht auf die Person wie ein Hurrikan über die Machtinhaber hinwegrollte, ganz egal ob man sich in kleiner Runde mit dem Bürgermeister befand, bei einer Massenversammlung mit dem Senator oder einem Bundesminister. Dabei ließ sie sich schon in den 1960-er Jahren von einer Erkenntnis leiten, die in den Sozialwissenschaften erst heute allmählich zum Durchbruch kommt: dass die wahren Experten immer die Betroffenen sind und diese immer viel besser wissen, was sie brauchen – und dass die Fach-Experten in Verwaltung und Politik gut beraten sind, den Praxis-Experten ihr Ohr zu leihen.

Mayor Richard Daley called her "a visionary and active force for housing issues in the city

Genau das forderte Gale auf allen Ebenen der Politik ein, und dafür wird sie heute auf allen Seiten respektiert, auch von vielen ihrer einstmals ärgsten Feinde. Gale Cincotta starb im August 2001 mit 72 Jahren in Chicago (siehe auch die nachfolgenden Zeitungsartikel; dieser Beitrag sollte ursprünglich in der letzten Dezemberausgabe erscheinen, musste dann aber auf die Sommerausgabe 2002 geschoben werden – die Redaktion bittet um Verständnis).

Organizing for Change – Erfolgsgeschichten des Community Organizing

Eine Vorstellung des Buchs von Judy Hertz, 2002: Organizing for Change: Stories of Success

68 Seiten, als pdf-Datei: www.nfg.org/publications/Organizing_For_Change.pdf ,
als html-Datei: http://comm-org.utoledo.edu/papers2002/hertz/hertz.htm,
(Die Abbildungen sind, soweit nicht anders nachgewiesen, aus dem Buch entnommen.)

Von Michael Rothschuh

Wie findet Organizing eigentlich konkret statt? Was erreicht es?

Jetzt ist eine spannende Sammlung von „Erfolgsgeschichten" des Organizing erschienen, in der Kampagnen des Community Organizing (CO) geschildert werden, die Erfolg im doppelten Sinne hatten: eine Verbesserung der Lage der betroffenen Stadtteile **und** eine verstärkte Machtposition der Organisationen.

JUDY HERTZ
http://www.northpark.edu/acad/macd/faculty.htm

Geschrieben ist das kleine Buch von Judy Hertz, einer Mitarbeiterin des Trainings- Instituts Midwest Academy und des Master- Studiengangs Community Development an der North Park University, beides in Chicago.

Aus Chicago und seinem Umland stammen auch die Geschichten- und das bedeutet, aus einer Region, in der Community Organizing nicht nur wegen Saul Alinskys Wirken tief verwurzelt ist und politisch ernst genommen wird, und in der sich verschiedenste- z.T. auch konkurrierende- Organisationen und Stiftungen den Ansätzen des CO verbunden wissen.

Hertz' Grundlage sind Interviews vor allem mit Akteuren des CO; sie erzählt die Geschichten aus deren Sicht- also durchaus parteilich und subjektiv.

Ich möchte dieses Buch – auszugsweise und den Text paraphrasierend – vorstellen, knapp kommentieren und im Anhang zu einigen Organisationen kurze Hinweise geben.

Das Buch ist im Zusammenhang mit dem „Community Organizing Award" geschrieben und von der „Neighborhood Funders Group" herausgegeben, einem US-weiten Netzwerk von Sponsoren zur Unterstützung für solche Organisationen, die Menschen mit geringem Einkommen bei der Verbesserung ihrer Communities helfen.

Die NFG möchte mit diesen „success-stories" ermutigen, CO zu unterstützen.

Ziele der Sponsoren:

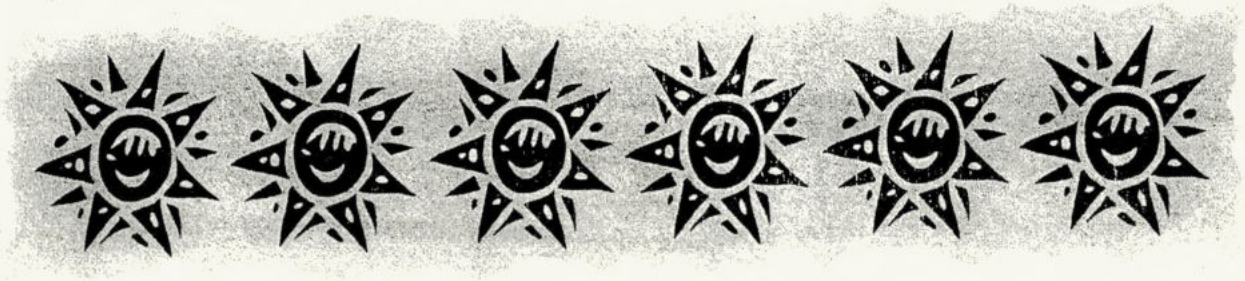
„Wir unterstützen Community Organizing, weil

- es zum Fortschritt in vielen Bereichen beiträgt,
- es Heilung von Unrecht sein kann,
- es das soziale Gewebe der Communities verbessert,
- es offizielle und private Einrichtungen verantwortlich hält für ihr Handeln,
- es notwendige Ressourcen in die betroffenen Communities bringen kann,
- es eine Trainings- Grundlage für Bürger und Führungspersonen gibt, von dem aus sie zu anderen Themen, anderen Organisationen und Feldern gehen können und
- es die Flamme der bürgerschaftlichen Partizipation in einer Weise leuchten lässt, wie es keine andere finanzierte Aktivität tun kann."

Judy Hertz hat diese vier Geschichten ausgewählt, weil sie verschiedene Aspekte des CO repräsentieren, neu sind, reale Erfolge des CO zeigen und ihrer Kerndefinition von CO entsprechen. Elemente der Definition sind:

CO ist „Graswurzel- Organizing",

- das Community- Leadership entwickelt,
- dessen Organisation den Bewohnern Rechenschaft ablegt und demokratische Entscheidungsprozesse hat,
- das Power der Community entwickelt auf der Basis von Beziehungen zwischen vielen Bewohnern
- das eine andauernde Community- Organisation entwickelt.



(1) Jobs in der Nachbarschaft erhalten

„Dies ist eine Geschichte einer Bewohnergruppe, die mit der Logan Square Neighborhood Association (LSNA) gearbeitet und entschieden hat: Genug ist genug".

Logan Square:

Das Gebiet war früher Industriegebiet, die Beschäftigten wohnten in der Umgebung; es gab stabile Jobs, geprägt war das Viertel von Bewohnern der Arbeiterklasse mit einer Mischung von erschwinglichen Einfamilienhäusern und Wohnungen.

In den 80er Jahren gab es einen Kampf, um eine Fabrik (Steward-Warner) offen zu halten; er wurde 1989 verloren mit der Schließung der Fabrik. Ihr folgte eine „gated community", also ein nach außen abgeschlossenes Wohngebiet für die reicheren Menschen. Diese „Gentrifikation", bei der die Menschen mit geringem Einkommen aus der Arbeiterschaft verschoben werden in billigere Gebiete, vielleicht weit weg von den Jobs, den Familien und alten Nachbarn, schwappt langsam von Stadtteil zu Stadtteil und schleicht an den Boulevards von Logan Square entlang.

http://www.logansquarepreservation.org/

Seit 1996 ging es vor allem um den Verkauf eines Warenhauses „Cotter & Co" und die Frage, welche Perspektiven das Stadtviertel für Wohnen und Arbeiten entwickeln kann.

Führungspersonen aus der Nachbarschaft, wie z.B. eine Pastorin aus der „Church of the Good News" oder langjährige BewohnerInnen des Stadtteils, beginnen mit einem wöchentlichen Treffen in der Kirche, um zu erforschen und zu entscheiden, was sie tun können um die Entwicklung einer „gated community"- vorgelegt war ein Plan von 500 Wohneinheiten- zu stoppen.

Einige wollen sich zunächst nicht beteiligen, weil sie den Kampf um die Erhaltung von Stewart-Warner gesehen hatten mit der Erfahrung, dass trotz allem, was die Beschäftigten und die Community taten, die Fabrik geschlossen wurde. Nach einem Rausschmiss bei dem Versuch, Kontakt zu den Verantwortlichen aufzunehmen, führt der Ärger über die bestehenden gated Communities sowie über einen Rausschmiss, aber zu dem Beschluss, die Entwicklung auf diesem Gelände zu stoppen.

Erforschung der Machtverhältnisse.

Man fand heraus, dass der für den Bezirk zuständige Abgeordnete sein eigenes Haus beim Planer der 500 Wohneinheiten gekauft hatte. Dies führte zu einer Aktion, bei der 75 Leute zur seiner Baustelle gingen und ein Band mit gestapeltem Spielgeld aufhängten. Die Botschaft: Die Nachbarschaft verlangt die selbe Art von einem „guten Geschäft", wie es der Abgeordnete gemacht hatte.

Hinzu kam ein Bündnis mit dem Besitzer einer Fleischfabrik, der 500 Arbeiter mit ausreichendem Lohn und der Kooperation mit Gewerkschaften beschäftigte; er drohte, seine Fabrik abzuziehen, wenn diese Edelwohnungen entstehen würden; der Fabrikbesitzer hatte genug eigenen Einfluss auf den Bürgermeister Daley, so dass die Bewohner auf die Unterstützung des Abgeordneten verzichten konnten. Sein Statement wurde in Chicagos Medien berichtet, und er bekam einen Anruf des – in Chicago fast übermächtigen- Bürgermeisters Daley, er unterstütze keine Änderung des Gebiets und dort würden keine Wohnungen entstehen.

Etwas zu stoppen ist nicht genug

Wenn keine Wohnungen entstehen würden, was dann?

In einer Versammlung werden Kriterien festgelegt: Es sollen nur Planungen unterstützt werden, bei denen

- mindestens 500 „living wages jobs", d.h. Jobs mit einem gesicherten Mindesteinkommen, entstehen;
- zudem müssten soziale Leistungen für die Beschäftigten gesichert sein, sowie
- Kinderversorgung und Ausbildung für die Arbeit.

Zum Rathaus gehen

Das Rathaus, die City Hall, ist das Zentrum für Politik und Verwaltung der Stadt. Dort verweigert zunächst der Abgeordneten, gegen den sich die dargestellte Aktion gerichtet hatte, ein Treffen, daraufhin gehen 20 Leute in seine reguläre Sprechstunde; ein Treffen mit dem Planungsamt ergibt nichts, weil das Amt nur reagieren und nicht selbst planen könne. „Offenbar handeln sie nur, wenn es ihnen passt, haben wir daraus gelernt."

Bewohner fahren mit einer Busladung zum Rathaus und sind ab jetzt immer wieder im 5. Stock, wo der Bürgermeister residiert. „Wir wurden enge Freunde der Sicherheitswache des 5.Stocks".

„Die konstante Anwesenheit bewirkt eine Änderung:

- die Leute fangen an zuzuhören und uns früher im Prozess anzurufen,
- die Haltung der Nachbarschaft verändert sich."

„Immer mehr Türen öffneten sich. Wir waren klar über unsere Kriterien. Das Planungsamt wusste, wann wir auf dem 5. Stock waren. Sie wurden viel pro-aktiver, sie sandten Arbeitsplatzentwickler zu uns.

So fingen sie an, über uns als eine organisierte Gruppe zu denken. Die Bewohner fingen an zu merken, dass ihre Meinungen mehr wertgeschätzt wurden."

Einen besseren Vorschlag erhandeln

Nachdem Vorschläge wie Kinos oder Lagerstätten verworfen werden, weil sie nicht den Kriterien entsprechen, wird die Ansiedlung einer Gesellschaft, Costo Companies, für verhandlungsfähig erklärt, weil hier mehr als 200 Leute mit einem Lohn von mindestens $8.00 eingestellt werden sollen.

Nach einer Parade der Community mit einer festlichen Atmosphäre, wird eine Vereinbarung geschlossen, dass die Bürgerorganisation genutzt wird als Ressource, um Leute aus der Nachbarschaft einzustellen.

Die nächste Phase ist es, die Details festzulegen. „Wir mussten uns wie eine Düne bewegen, zwei Schritte voraus, einen zurück". Aber schließlich gibt es eine Einigung, die versprochene Ausbildung beginnt, die ersten Leute wurden eingestellt

Die Organisation entwickeln

Die Einrichtung von Costco Companies wird Mai 2001 eröffnet. Die Organisation wird eingeladen, zehn Führungspersonen, die einzigen Bewohner auf dieser Veranstaltung, erscheinen mit T-Shirts der Organisation.

„Bürgermeister Daley konnte die Augen nichtig von uns lassen; Jederzeit erinnerte er an den Sieg der Community. Wir machten dies möglich"

Eine Leaderin: „Du musst beharrlich weiter machen. Du erlebst viele Enttäuschungen. Leute sagen, dass sie zu einem Treffen kommen und tun es nicht. Du schuftest Dich damit ab, so dass die Leute merken, da ist jemand, der an ihrer Seite kämpfen wird. Dann kannst Du etwas Erfolg sehen.

Ich fühle, dass die Leute Verantwortung für ihre eigene Community übernommen haben. Die Leute können nicht einfach in unsere Community kommen und machen, was sie wollen, ohne sich mit uns zu beraten".

Die Organizerin: „Die Kampagne hat uns in eine bessere Position für die Zukunft gebracht., denn die Grundlage ist, dass die Leute an der Basis uns trauen. Von den vielen, vielen Organisationen mit denen sie in ihrem Leben zu tun hatten, vertrauen sie der LSNA."

(2) Das Herz von Hammond retten

„Dies ist eine Geschichte von einem niederschmetternden langen Kampf, um das Herz von Hammond zu retten."

Hammond, südlich von Chicago, war nach dem 2. Weltkrieg eine lebendige Stadt mit einer soliden Basis von Arbeitsplätzen und einer City, in die die Menschen aus den Vorstädten zum Einkaufen, zu den Kinos und dem Opernhaus kamen. In den 60er Jahren verliert die Stadt die industrielle und kommerzielle Basis. 1990 ist nicht mehr viel geblieben in dem Zentrum von Hammond. Wachstum gibt es nur in den Vorstädten, in dem Zentrum gibt es jetzt kaum Einzelhandel, die Nachbarschaften werden zunehmend atomisiert.

„Als die Bundesrichter planten ein neues Gerichtsgebäude im Vorstadtbereich im Süden von Hammond zu bauen und mit dem bisherigen Court House eines der letzten Wahrzeichen aus dem Zentrum verschwinden würde, entschieden die Bewohner, dass sie es satt hatten. Obwohl sie gewarnt wurden, es wäre zu spät den Plan zu stoppen, beschlossen die Mitglieder der Interfaith Citizens Organization zu kämpfen."

„Die ganze Community von Hammond, von den Banken bis zu den Kirchen, der Handelskammer bis zu Vereinigungen von Alten, von Nord bis Süd und quer zu den Rassen und Ethnien, kamen zusammen um für die Zukunft ihrer City zu kämpfen."

Die Basis wieder aufbauen

Die interreligiöse Organisation Interfaith Citizens Organization (ICO) stellt 1989 Scully ein, einen Organizier von der Gamaliel Foundation- einem der großen amerikanischen Netzwerke des CO- ein, um die etwas kränkelnde ICO zu revitalisieren.

Als auf seine Anregung hin die Führungspersonen der Organisation Anfang der 90er Jahre mit den Kirchenmitgliedern sprechen, finden sie heraus, dass viele Bewohner Hammond als eine Durchgangsstation zu etwas besserem ansehen. Ein Pastor ist erstaunt als er hört, dass die meisten am liebsten aus Hammond weg gehen möchten.

Von Scully geworben, treten mit Ermutigung des Bischofs und zunächst versuchsweise katholische Gemeinden der ICO bei, gründen ein Kern- Team und senden einige Leute zu einem Leadership-Training.

„Etwas, was die Gamaliel Foundation vorschlägt, sind One-to-one- Interviews, wo die Mitglieder unserer Gemeinde losgehen, um andere Mitglieder wirklich kennen zu lernen, was sie interessiert, was für sie wichtig ist, was ihre Anliegen sind. Alle Mitgliedsgemeinden machten das."

Dies ist ein traditioneller Teil des Organisations-Bildens in glaubensbasierten CO s: Führungspersonen aus den Gemeinden lernen hin zu hören und Beziehungen zu bilden mit Mitgliedern aus ihrer Kirche, Synagoge oder Moschee und der Community.

Durch diesen Prozess verbinden sich die Leader wieder mit den Mitgliedern ihrer Institution, gewinnen mehr Wissen über die Community, das wichtig ist für die Führerschaft und beginnen das Netzwerk von Beziehungen und wechselseitigem Respekt zu bilden, das der Community ermöglicht, Macht auszuüben.

So werden in neun Monaten mit 200 Mitgliedern Gespräche geführt.

Ein Geschäftsmann: „Wir konnten immer die Truppen sammeln, aber dieses One-to-one gab uns Tiefe. Die Leute verstanden einander wirklich und es schaffte eine Dynamik. Es gab uns Legitimität und eine Basis."

Das größte Treffen, das jemand gesehen hat

Anschließend sortiert der geschäftsführende Vorstand der ICO die Issues und entwickelt einen Plan für ein Treffen, auf dem die Community die Themen/ Issues auswählen soll, an denen gearbeitet wird.

Beim ersten Treffen 1992 kommen 2.200 Leute.

„Themen waren Jobs, Kriminalität, Schule. Aber eins stand über allem: das Bundes-Gerichtsgebäude. Dies war zugleich ein Thema von Jobs, weil der Verlust des zentralen Gebäudes Kunden für die Geschäfte abziehen würde und ein Neubau des Gerichts, ein 60 Mio. §-Projekt, im gleichen Gebiet Hunderte von Arbeitsplätzen auf dem Bau schaffen würde."

„Die Leute waren so konditioniert, dass sie – aufgrund langer negativer Erfahrungen – glaubten, sie seien machtlos. Aber an diesem Tag fingen sie an sich selbst zu glauben."

Der Genius dieser Kampagne ist die Wahl des richtigen Issues. Es ist symbolisch dafür, dass die Entscheidungen immer wieder von Leuten außerhalb der Stadt gemacht werden. Das Issue ist groß genug, und zugleich grundlegend genug, um einen klassischen Kampf durchzuführen. Es würde die Organisation aufbauen.

„Ein gutes Issue ist nicht etwas, von dem du weißt ,dass du es gewinnen kannst, sondern etwas, wo du denkst, dass du es gut probieren kannst. Etwas, dass fordert, dass die Leute hart arbeiten und zusammen arbeiten."

Nach dem Treffen lautet die Überschrift in der Zeitung: „Hammond kämpft für seine Auferstehung".

Phasen des Kampfes:

- Der erste Test

Senatoren warnen das Thema anzupacken, weil es sowieso schon gelaufen sei. Die Kirche hätte auch kein Recht sich einzumischen. Aber das erste Meeting hatte gezeigt, dass es hier Einigkeit der lokalen Kräfte gibt, quer zu den beiden Parteien Republikaner und Demokraten und quer zu den Interessengruppen – gegen die „draußen": die Bundesrichter, Senatoren und Kongressmitglieder.

- Mit den Fakten beginnen

Die Folgen des Abzugs des Gerichts werden untersucht und die Möglichkeiten, wie die Community den Prozess beeinflussen kann, offizielle und inoffizielle Entscheidungsträger werden herausgefunden.

Die Bundesrichter haben dabei eine zentrale Position, weil sie auf Lebenszeit ernannt sind, unabhängig von der Stadtpolitik und viel Einfluss haben, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Sie wollen außerhalb der Stadt ihr Gerichtshaus haben, weil sie meinen, dort ein Gebäude mit mehr Komfort und besseren persönlichen Arbeitsbedingungen zu erhalten

Die offiziell zuständige Behörde hält sich mit einer eigenen Position eher zurück.

- Alliierte finden

Es ist kein Streitthema zwischen Republikanern und Demokraten und die Richter haben auch kaum Verbündete in der Stadt. Vor Ort gibt es viele Interessenten an dem Verbleiben eines Gerichtshauses im Zentrum, u.a. Geschäfte, die jetzt fußläufig erreicht werden konnten, Anwaltsbüros u.a. .

Eine Koalition entwickelt die ICO u.a. mit der Handelskammer, einem Krankenhaus, Geschäften, und schließlich auch Banken.

- Runde Eins: einen fairen und objektiven Prozess fordern

ICO-Mitglieder sind präsent auf einem Hearing der für die Standortwahl zuständige Behörde, sie gehen mit 100 Leuten zu dem Büro der Richter, die sich jeglichem Treffen verweigern und laden sie eine Woche später – wieder mit 100 Leuten – ein zu einem Treffen der ICO.

Als die Behörde eine scheinbar neutrale Studie herausgibt, nach der das Gerichtsgebäude nicht in der Innenstadt angesiedelt werden soll, gestalten die ICO- Mitglieder eine große Kundgebung, bei der es in theatralischer Form zu einer Verbrennung der Studie kommt.

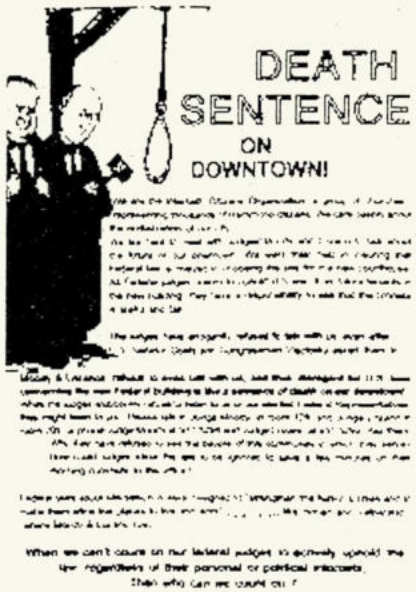
Schließlich gibt die Behörde eine Woche später bekannt, dass das Gebäude in der Innenstadt gebaut werden soll.

- Runde Zwei und Drei

Der Sieg wird gefeiert, aber kurz danach erklären die Richter, dass sie die Entscheidung keinesfalls akzeptieren.

Der Kampf ist also noch lange nicht beendet, weil die Richter und Instanzen des Bundes entscheidende Macht haben. Deshalb bedarf es noch eines lange anhaltenden Kampfes und vielfältiger Aktionen, bis hin zu Kundgebungen der ICO im Washingtoner Capitol, bis der Widerstand der Richter gebrochen ist und im Jahr 2001 das Gerichtsgebäude in dem Zentrum von Hammond fertig gestellt ist.

„Das stärkste, was wir haben ist, dass wir nicht weg gehen. Wir sind da im nächsten Jahr, und wir werden da sein im Jahr danach. Und wir werden siegen. Das ist es, was wir aus der Sache mit dem Gerichtsgebäude gelernt haben".



Die normalen Leute gewannen diesen Sieg

Im Laufe dieses ganzen Prozesses hat sich ICO verschmolzen mit ähnlichen Organisationen zu der Interfaith Federation of Northwest Indiana. Sie arbeiten mit neuen Themen: z.B. Drogen und der Schaffung eines Verkehrsverbundes.

„Wir entwickeln den Mut, auf größere Kämpfe zuzugehen und die rassischen und ökonomischen Spaltungen in dieser Region zu überwinden".

„Die Community kam aus dem Kampf stärker als sie hineinging. Aber es war nicht nur ein Kampf um ein Gebäude, die Teilnehmer beabsichtigten, ein für allemal klar zu machen, dass die Bürger von Hammond selbst ihr Schicksal bestimmen wollen."

(3) Die Tagesordnung des Themas „Wohnen" festsetzen

„In den frühen 1990er Jahren boomte die Ökonomie Chicagos und das Gesicht der Stadt veränderte sich, besonders signifikant im Wohnungsmarkt. Im Zuge eines neuen Romantizismus wurden einige Nachbarschaften in der City saniert, die ein Gebiet für Arbeiter und Leute mit geringem Einkommen gewesen waren. Der Chicagoer Bürgermeister Daley sah die Chance, so mehr Steuern einzunehmen und ordnete an, dass die Ämter Wohnungen und Häuser für mittlere Einkommenslagen planen; die Mittel dafür aber sollten aus dem Topf kommen, der für die Wohnungsentwicklung für niedrige Einkommen vorgesehen war. Der Bürgermeister hatte eben eine andere Vision für diese Gelder als seine Vorgänger."

Die Entscheidung zum Organizing

Der Vorstand des Chicago Rehab Network, eines Netzwerkes verschiedenster Organisationen, die Wohnungen und Häuser für einfache Einkommen wollten, hatte eine schwierige Entscheidung: Das Netzwerk konnte nicht weiter Wohnen für ärmere Menschen entwickeln ohne Finanzierungsquellen; jetzt aber Wohnungen für mittlere Einkommen zu entwickeln, hätte seine Mission verraten und zugleich die eigene Basis von Leuten mit geringem Einkommen im Stich gelassen.

In direkten Gegensatz zur Stadt zu gehen, die Hauptquelle für das Geld, hieß: Die Hand beißen, die einen füttert.

„Sollte man die Krümel akzeptieren oder mehr fordern?"

David Hunt, seit 1989 geschäftsführender Direktor: „Das Netzwerk ist 1977 aus einem heftigen Kampf für den Community Reinvestment Act (Banken müssen in Nachbarschaften mit geringem Einkommen investieren) entstanden. Wir haben für Gelder für das Wohnen von ärmeren Leuten gekämpft, das Geld genommen und damit Tausende von Wohneinheiten für ärmere Leute entwickelt. Aber zugleich sind wir von Stadtteilgruppen zu Stadtteilentwicklungsgesellschaften geworden."

Als die Mitgliedsorganisationen beginnen, gegen die neue Politik der City zu protestieren, merken sie, dass die alte Machtbasis entwischt ist.

„Wenn du Vermieter bist, kannst du nur schwer die Mieter organisieren, gegen jemanden zu kämpfen. Die Leute werden sagen: ‚Wo ist mein Türknopf?' , ‚Wenn du willst dass ich für mehr Hausbau eintrete, dann repariere erst mal die Wohnung die ich habe'."

Das Netzwerk holt Kim Bobo von der Chicagoer Midwest Academy , um eine Strategie zu entwickeln. Bobo und Hunt interviewen die Repräsentanten der Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes. Alle Organisationen brauchen mehr Geld für die Entwicklung der Häuser und wollen dies für ärmere Familien einsetzen. Aber keine hat das Gefühl, dass man jetzt dafür Geld bekäme. Und es macht allen Kopfschmerzen, jetzt Häuser für mittlere Einkommenslagen entwickeln zu sollen.

Die Gruppen haben verschiedene Bedürfnisse, abhängig von der Community, zu der sie gehören. Eine Fraktion will sich bewegen, die anderen warnen eher selbstzufrieden: „Macht nicht alles kaputt."

In einer tränenreichen und emotionalen Diskussion fällt die Entscheidung, 10.000 Wohneinheiten zu fordern, die erschwinglich sind für Leute mit niedrigem Einkommen- nicht alle Mitgliedsgruppen tragen diese Entscheidung mit.

Der Vorstand beschließt nun, nicht mehr mit dem Geld des Community Development Block Grants zu arbeiten, einem städtischen Entwicklungsfonds, der vorher die hauptsächliche Finanzierungsquelle war. „Du kannst nicht fortfahren die Hand zu beißen, die dich füttert. Also entschieden wir, nicht gefüttert zu werden."

Stattdessen kann das Netzwerk Gelder von Stiftungen einwerben.

Die Strategie entwickeln

Es ist auch für die lang erfahrene Mid West Academy die erste Kampagne, bei der es darum geht, ein städtisches Gesetz für 10.000 Wohneinheiten durch die Ratsversammlung zu bekommen, für die man $1 Mio. fordert.

„Warum gerade 1 Mio. ?" – „Das ist gut zu merken- die Stadt hat 500.000 für Wohnzwecke vorgesehen, wir wollen das verdoppeln und das Geld auf Leute mit geringem Einkommen richten."

Die Strategie erfordert eine politische Analyse: Welche Macht hat das Netzwerk, um den Bürgermeister und den Rat zur Aktion zu veranlassen?

Da der wirkliche Entscheidungsmacher der Bürgermeister ist, man aber keine Macht hat, ihn jetzt direkt anzugehen, kann man ihn dadurch beeinflussen, dass man die potenzielle Mehrheit der Ratsmitglieder (Aldermen) für das Gesetz gewinnt.

- Eine Koalition zusammen bringen

Für den Gesetzentwurf wird eine breite Koalition gebildet mit 250 Community Organisationen, Kirchen, Synagogen, Community Centers und insbesondere den United - Latinos waren bisher bei Wohnungsprogrammen unterrepräsentiert.

Einige Organisationen davon mobilisieren viele Bewohner, andere leihen nur ihren Namen und guten Willen für das Vorhaben.

- Aktionen in den Nachbarschaften

„Wir wollten für etwa ein Jahr keine große Kampagne machen, eher heimlich vorgehen, wir wollten den BM nicht mit bösen Namen belegen. Wir wollten den Drachen nicht rufen bevor wir bereit sind. Wir wollten in den Nachbarschaften starten.

Dabei wollten wir die Energie dahin lenken, wo wir noch keine Unterstützung hatten und brauchten mehrere Jahre."

Praktikanten der Midwest- Akademie führen diese Mobilisierung durch: „Wir konnten als Lern- Laboratorium für College Studenten dienen; und sie konnten als Fußsoldaten dienen in den Communities, wo keine Mitglieder des Netzwerkes waren."

Ihr Job ist es, Organisationen für die Unterstützung des Gesetzes zu bilden. Drei Fragen stellen die Praktikanten an die Organisationen, die noch nicht mit dem Thema Housing befasst waren :

- Sind Sie bereit, ein Treffen mit dem Alderman zu arrangieren?
- Wollen Sie für eine Postkartenaktion sorgen?
- Wollen Sie mit dem Namen ihrer Organisation unterschreiben?

Zuletzt: Sich dem BM annähern

Zu den Aktionen gehören immer mehr auch direkte sichtbare Aktionen mit Bewohnern, zuletzt eine achtwöchige Großkampagne z.B. mit einer Versammlung mit 600 Leuten, die im 5. Stock, dem Stock des Bürgermeisters, der City Hall singen sowie die Verteilung von 15000 Flugblätter an den U-Bahn- Haltestellen.

Es kam der Anruf von der City Hall: „O.k., wir treffen uns".

Verhandlungen und Ergebnisse

Erreicht wurde ein Programm von $ 750.000 mit einem Monitoring- System, bei dem die Realisierung des Programms beobachtet werden soll.

Acht Jahre nach diesem Sieg gibt es eine feste Partnerschaft mit der Wohnungsabteilung der Stadt. 48000 bezahlbare Wohnungen sind entstanden.

„Wir waren anerkannt als unabhängige Stimme, die zu hören ist."

Aber nicht alle in den Low- income- Communities sind begeistert.

Die Spannung, mit der das Netzwerk kämpft, besteht bis heute: eine Balance zu finden zwischen besseren kooperativen Beziehungen mit der City und andererseits dem Ansatz, Forderungen an die City für mehr Ressourcen durchzusetzen.

(4) „Räuberisches Verleihen" stoppen

„Wenn sie auf Englewood (einen Chicagoer Stadtteil) sehen, denken die meisten Leute: da ist kein Geld. Verlassene Häuser, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Drogen - das sehen die meisten Leute. Aber die Kredithaie fanden Geld. Die Leute in solchen Nachbarschaften besitzen ihre Häuser seit Generationen. Das war Geld für die Kredithaie. Wenn Du pleite bist, das Dach ist undicht und jemand erzählt Dir, dass Du Geld bekommen kannst, nimmst Du es."
So der Präsident von ACON Illinois.

Der angebotene Zinssatz war niedrig und niemand hat besonders auf die hohen Raten geachtet, die bei Zahlungsverzug fällig waren, wenn jemand z.B. arbeitslos wurde und nicht zahlen konnte.

Wie die Community auf „Predatory Lending" aufmerksam wird

Das National Training and Information Institut (NTIC), das in den 70er Jahren eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung des Community Reinvestment Act gespielt hatte, beobachtete das Bundesprogramm für Leute, die zum ersten Mal ein Haus besitzen. Dabei merkten sie, dass in den letzten Jahren eine Masse an Verzugsfällen (foreclosure: eine Hypothek wird für verfallen erklärt, weil die laufenden Zinsen nicht bezahlt werden) entstanden sind mit enorm hohen Zinsen. Wenn diese nicht bezahlt werden, verlieren die Eigentümer ihre Häuser. Und mittlerweile bemerken die Bewohner die leeren Häuser in der Nachbarschaft.

„Ich sah in einem Gebiet 37 mit Brettern zugenagelte Häuser. Ich merkte, dass das schlimmer ist, als diese Zahl ausdrückt; denn zugenagelte Häuser bedeutet Probleme mit der Sicherheit, Leute ziehen aus, Instabilität in der Nachbarschaft. Es war ein Thema für die Community. Etwas musste getan werden."

Die betroffenen Leute hatten die Haltung: „Ich hab's verdient, ich war blöde." Kommt man auf eine tiefere Schicht, merkt man: sie waren nicht blöde, sie waren verzweifelt: Der Ofen funktionierte nicht, der Winter kam und sie brauchten ein Darlehen um ihn zu reparieren.

NTIC und die „Tasc Force : Kredithaie"

Das National Training and Information Center (NTIC), das keine individuelle Mitglieder hat, veranstaltet mit dem NHS (Neigborhood Housing Service) Meetings von Hausbesitzern, die kurz davor standen, ihre Häuser zu verlieren wegen „Predatory Lending".

Dabei wird die Regel des Organizing befolgt: Nachdem die Leute die Chance hatten sich abzureagieren, muss ein Weg für sie da sein, in Aktion zu gehen um eine Änderung herbeizuführen: „Wollt ihr was dagegen tun, dass andere davon betroffen werden?"

So bilden sie eine Task Force, laden Repräsentanten der Staatlichen Aufsicht ein und wollen mit den Gesetzgebern des Staates reden. Der Gouverneur will zunächst eine Kommission einsetzen. Aber dagegen verwahrt sich NTIC.

Gale Cincotta (links), die große alte Kämpferin des NTIC: „Verschwendet nicht meine Zeit. Aus der Geschichte wissen wir, dass die meisten Studien dazu da sind um abzuwürgen. Wir werden nicht warten."

Das SWOP hält eine POSADA ab

Mitglieder des South West Organizing Project (SWOP) besuchen die Meetings von NTIC, sie gehen auch zu einigen „Hai-Attacken", bei denen NTIC wütende Hauseigentümer organisiert hat, um den Büros des Predatory Lending zu zeigen, dass sie nicht ihre Nachbarschaften zerstören dürfen.

SWOP ist eine Organisation von Gemeinden, Kirchen, Synagogen und Moscheen, Krankenhäusern, Schulen und anderen lokalen Institutionen. Und da SWOP eine religions-basierte CO ist, haben die SWOP Mitglieder das Gefühl, dass wütende Meetings nicht wirklich ihr Stil sind.

SWOP betont spezielle Events, die die verschiedenen Kulturen in den Stadtteilen repräsentieren. Deshalb organisiert SWOP neben vielen anderen Aktionen eine „Posada". Eine Posada ist ursprünglich ein Schauspiel, wie die Heilige Familie nach einer Unterkunft sucht, von Tür zu Tür weggeschickt wird und schließlich im Stall ankommt. Ein Gebet vor einer Gesellschaft, die des Predatory Lending beschuldigt wird, wird Teil des Umzugs.

So gelingt es, auch die Schwestern von St Casimier, die nie in Politik involviert waren, einzubeziehen. Das wiederum ermutigt andere mitzumachen.

ACORN geht die Finanzorganisationen an

ACORN arbeitet anders.

ACORN wirbt in sehr einkommensschwachen Nachbarschaften Mitglieder durch Tür-zu-Tür Arbeit.

Predatory Lending gehört zu den Themen, mit denen ACORN sich in vielen Staaten der USA befasst.

Predatory Lending wird von ACORN als eine zusätzliche Möglichkeit gesehen, wie auswärtige Interessenten Dollars aus den armen Communities heraus saugen.

„Unsere Leute sind eine leichte Beute; sie haben immer die Angst, dass sie nicht zur Bank gehen können. Die Verleiher kommen zu den Leuten, nehmen persönlichen Kontakt auf und beuten so die Leute aus."

„Wir wollten Predatory Lending zu einem festen Begriff machen; wir wollten ein neues Verständnis schaffen: Es ist nicht ein persönliches Problem, das keinen Namen hat, nach dem Muster : ‚ich habe vielleicht einen Fehler gemacht'."

Kern des Organizing ist es , persönliche Probleme zu öffentlichen Themen zu machen, so dass die Leute sehen können: das ist ein gemeinsames Problem.

„Die Schnittstelle zwischen Biografie und Geschichte, ist das, was Organizing macht. Dies verändert die Einstellung von vielen ACORN Mitgliedern: Leute erzählten ihre Geschichten. Die Leute fühlten sich nach dieser Aktion empowert", sagt Madaleine Talbott, die leitende ACORN-Organizerin von Illinois.

ACORN unternimmt direkte Aktionen- und dazu gehören auch spektakuläre, bei denen die Polizei geholt wird - gegen Finanzinstitutionen, statt der Gesetzgebungslinie zu folgen, und macht dann Agreements mit Finanzinstitutionen, die ordentliche Angebote für ACORN- Mitglieder herausgeben.

Talbott: „Es muss Ergebnisse direkt für die Mitgliedschaft geben. Wir müssen manche Produkte schaffen, die gangbare Alternativen sind zu den Dingen welche die Leute angeboten bekommen von den Räubern".

Den Opfern helfen: die Northwest Neigborhood Federation

Die NNF, die ein multiethnisches Gebiet von Menschen aus der Arbeiterklasse repräsentiert, hat einen ganz anderen Ansatz zu dem Thema.

„Zuerst sahen wir darauf, ob das Gesetz des Staates Predatory Lending verhindert. Da das nichts nütze, änderten wir unseren Focus: Wir sahen auf die, deren Kredit verfiel und die aus den Häusern vertrieben werden sollten. Wir arbeiteten mit den Leuten, die mitten drin sind in den Problemen, statt bei der Prävention."

Es wird mit einigen Banken ein alternatives Produkt erarbeitet für die, die mitten im Problem stecken.

Unterstützt werden sollen die, die ihr Haus behalten wollten, u.a. auch mit einer Absicherung durch kirchliche Fonds.

„Wir blicken auf unseren Meetings herum: Wie kann man sagen, dass es um Prävention geht und nicht um die Sorge für die, die jetzt da sind. Dies sind unsere Nachbarn, Leute, die hart arbeiten, die ihre Steuern zahlen. Das sind keine Leute, die es umsonst haben wollen. Deshalb haben wir diesen Weg gewählt."

Schritte auf dem Weg zu einem Gesetz

Die Schritte seien hier nur in Stichworten beschrieben

- Eine Koalition von verschiedenen Organizing-Gruppen bringt über einen Abgeordneten ein Gesetz im Staat Illinois ein.
- Die City geht in Aktion: Die Stadt soll festlegen, dass sie keine Geschäfte mit Finanzinstitutionen macht, die Predatory Lending betreiben. Die Stadt ist involviert, weil verlassene Häuser auch eine Gefahr für die Nachbarschaften bedeuten.
- Die Banken wehren sich gegen die Vorstöße; mit Aktionen von Bürgern werden sie, aber auch Mitglieder des Stadtrats, attackiert.
- SWOP verfolgt eine andere Strategie; sie bringt Fotografien von allen verlassenen Häusern in der Gegend auf eine CD und präsentiert sie dem Wohnungsamt.
- Nach einer Pressekonferenz von Bürgermeister Daley über Predatory Lending wird eine städtische Verordnung erreicht.

Chicago becomes first city to slap predatory lenders

- Im Staat Illinois erlässt der Gouverneur Ryan eine Regulierungsverordnung, welche die schlimmsten Praktiken ausschließen soll – er braucht eine gute Presse, weil er in Skandale verwickelt ist.
- Einige Organisationen haben das Gefühl, dass der Weg der Regulation keinen nutzbaren Schutz bietet, andere wie SWOP schuften sich weiterhin damit ab. ACORN geht z.B. seinen eigenen Weg weiter.
- Schließlich wird mit Mehrheit des Parlaments von Illinois die Verordnung des Gouverneurs gebilligt.

Die Arbeit ist noch nicht erledigt

„Das war der Höhepunkt von mehreren Jahren harter Arbeit, und die CO s hatten das Gefühl, der Sieg war süß. Sie nahmen sich Zeit für eine Runde von Feiern, aber sie wussten, dass ihre Arbeit fortgesetzt werden musste."

„Regulierungen sind nur so gut, wie ihre Durchsetzung und so muss noch viel getan werden, bevor Hausbesitzer sicher sind vor Praktiken des Predatory Lending.

(Zwei Monate nach dem Text von Judy Hertz gibt es eine äußerst kritische Einschätzung der Entwicklung durch die

SWOP (http://www.woodstockinst.org/obredfimemo.pdf)

Die CO s und ihre Führungspersonen haben an Stärke gewonnen durch die Kampagne. Viele der Opfer des Predatory Lending leiden nicht mehr in der Stille und die Leute verteidigen ihre Community.

Kommentar (M.R.)

Der Text ist viel anschaulicher und facettenreicher, als ich ihn hier (mit oft nicht zureichenden Übersetzungskünsten) paraphrasieren und zusammenfassen konnte. Es lohnt sich, die Schilderung der einzelnen Fälle, mit ihren Verwicklungen und Verwinkelungen, genau und im amerikanischen Original zu lesen, um die Professionalität mit ihren gut überlegten Strategien und ausgeklügelten Taktiken würdigen zu können, mit der Organizing dort betrieben wird.

Eine solche Vielfalt und Präsenz des Community Organizing gibt es wohl nur im Raum Chicago. Das bedeutet einerseits, dass für Kampagnen immer viele Organisationen bereit stehen, teilweise miteinander vernetzt oder koalierend, teilweise auch miteinander konkurrierend. Zum anderen heißt das auch, dass die Chicagoer Politik gewohnt ist, mit den Aktionen umzugehen; die „Spielregeln" sind beiden bekannt; es ist sicher nicht ganz leicht, einen Bürgermeister wie Daley noch mit irgendwelchen Aktionsformen zu überraschen.

Gelungen ist es der Autorin, sehr unterschiedliche Aspekte des CO darzustellen. Ich versuche sie, in der folgenden Tabelle zu erfassen:

	(1) Logan Square	*(2) Hammond*	*(3) Wohnungspolitik*	*(4) Predatory Lending*
Issue	Jobs erringen, Wohnumfeld erhalten	Stadtidentität wahren, Jobs erhalten/ erringen	Wohnen für ärmere Leute fördern	Wohneigentum bei Geldproblemen erhalten
Raum	Stadtteil	Stadt	Stadt	Stadt> Staat> Bund
Agierende Organisationen	Stadtteil-Organisation	Stadt-Netzwerk	Netzwerk zum Thema Wohnen	Verschiedene Organisationen. mit unterschiedlichen Ansätzen
Gegner	Entwickler von Gated Communities	Bundesrichter	z.T. BM Daley	Kredithaie
Erfolg	Teilerfolg (weniger Jobs als angestrebt)	Erfolg (Gericht wird im Zentrum gebaut)	Teilerfolg (Wohnungsprogramm)	Strittig, ob Regeln von Stadt und Illinois ein Erfolg sind

Es gibt eine Dialektik zwischen Issues/ Themen und den Organisationen: Der Abzug des Warenhauses in Logan Square oder des Gerichts in Hammond sind Themen, die im Wortsinne „auf der Straße" liegen und geradezu nach einer Organisation rufen, die sich ihrer annimmt.

Dennoch eignen sich die Organisationen das Thema unterschiedlich an:

Während sich LSNA unhinterfragt dem Thema widmet, ist die Auswahl des Themas bei der kränkelnden ICO in Hammond ein sorgfältig durchgeführter Prozess: die Wiederbelebung der Organisation kann nur bei einem richtig ausgewählten Thema realisiert werden.

Das Thema der Wohnungspolitik wird zunächst von den Professionellen des Rehab Netzwerkes als Herausforderung für die eigene politische Moral erkannt und dann an die Mitgliedsorganisationen und weiter an die Leute vor Ort transportiert; die Neuorientierung des Netzwerkes ist durchaus ein Risiko für die Organisation, ein „weiter-so" aber wäre eine Gefährdung der eigenen Mission und zugleich des Rückhalts der Mitglieder.

Die Verleihpraktiken für Hausbesitzer, die von den Betroffenen als Folge individuell falschen Handelns gesehen werden, werden erst durch eine Organisation zum „sozialen Problem", das einen eigenen Namen bekommt: Predatory Lending. Ist dieses soziale Problem gesetzt und in den Köpfen der Betroffenen verankert, so kann keine Organisation mehr an ihm vorbei gehen.

Der Erfolg hat einen manchmal erst längerfristig sichtbaren Teil in den Lebensverhältnissen der Menschen; aber es ist oft ein brüchiger Erfolg, wenn es um Zusagen für die Zukunft geht: Was nützt das Versprechen von Arbeitsplätzen oder Wohnungen, wenn diese ein paar Jahre später nicht eingehalten werden (können)?

Deshalb gehen die Organisationen über die „Durchsetzung einer Forderung" hinaus, wenn sie Monitoring betreiben wollen oder aber auch selbst Programme implementieren und realisieren.

Das Ringen im „Rehab Networt" um die Entscheidung, zum Thema Wohnen wieder mit Organizing zu beginnen, zeigt das Dilemma erfolgreicher Arbeit: Unabhängigkeit ist in Gefahr, wenn man mit an dem Tisch sitzt, an dem Gelder verteilt werden, die man zuvor in einem erfolgreichen Kampf eingefordert hat.

Insofern stehen die Organisationen z.T. durchaus im Spagat der Rollen „Bürgerorganisation" und „Dienstleistungsunternehmen".

Die Handlungsformen sind u.a.

- Erforschung von Machtverhältnissen,
- interne Mobilisierung in den Organisationen,
- öffentlich sichtbare Aktionen wie – teils konfrontative, teils festliche – Versammlungen, Demonstrationen und theatralische Akte sowie
- Verhandlungen zwischen Repräsentanten.

Dabei habe ich den Eindruck bekommen, dass sehr viel auf der Ebene von Organizern/ Leadern und Vertretern von Institutionen geschieht und die „einfachen Leute" jeweils punktuell mobilisiert werden; Graswurzel- Demokratie heißt hier also nicht, dass die Willensbildung von ganz unten, den einfachen Leuten, ausgeht.

Das Buch schildert vor allem die Sichtweise der Aktivisten von den betreffenden Organisationen; wir erfahren so nur aus deren Blickwinkel, wie die Aktionen und Ergebnisse von den BewohnerInnen selbst- sowohl den aktiv an Aktionen beteiligten als auch nicht direkt involvierten BewohnerInnen- wahrgenommen werden.

Eine solche kritische Auseinandersetzung ist nicht Ziel des sehr spannenden und plastischen Buches gewesen, dies wäre ein nächster Schritt, der folgen könnte.

Materialien: Organisationen, Quellen[3], Hinweise

Szenen des CO-Streifzug durch das Internet	http://rothschuh.bei.t-online.de/CO_in_Nordamerika_de.pdf (Neuauflage)	Anhand von Internet-Quellen werden Facetten des CO sowie einige aktuelle Diskussionen zum CO skizziert, u.a.: Definitionen des CO, Praxis und Wissenschaft, ACORN, Faith-based CO, Asset-based Community Development
Judy Hertz	JtwoDtwo@aol.com http://www.midwestacademy.com/Intern/ilintern.html http://www.northpark.edu/acad/macd/faculty.htm,	[1] Judy Hertz, organisiert auch Praktika der Midwest Academy, bei denen an Kampagnen von Organisationen mit gearbeitet werden kann.
Midwest Academy	http://www.midwestacademy.com/	Trainings und Beratung für Führungspersonen und Mitarbeiter von Bürger- und Community – Gruppen Zentral: Bobo, Kim/ Kendall, Jackie/ Steve, Max, 2001: Organizing für Social Change, A Manual for Activists, Chicago, 3th edition
Neighborhood Funders Group	http://www.nfg.org/ http://www.nfg.org/cotb/index.htm	Ein nationales Netzwerk von Sponsoren für stärkere Unterstützung von Organisationen, die Menschen mit niedrigem Einkommen bei der Entwicklung ihrer Community zur Seite stehen. Wichtig: toolbox for funders, ein hervorragender Überblick zum CO
Logan Square Neighborhood Association	http://www.logansquare.net/ http://www.logansquare.net/zoning_committee.html	Prinzip der Entwicklungsstrategie ist die Erhaltung - der ökonomischen Vielfalt der Bewohner - der Vielfalt der Nutzung des Landes (Wohnen, Geschäfte, Industrie) - des historischen Charakters der Nachbarschaft
Interfaith Federation of Northwest Indiana	http://www.lakeco.lib.in.us/iris/my0zw0cj.htm über Aktionen: http://www.post-trib.com/news/race0422a.html	Eine Community Organisation von 30 Gemeinden, die im Gebiet von Gary, Hammond und Ost-Chicago arbeitet

[3] Alle Internet- Adressen gelten für den Stand 7.-15.Juli 2002.

Gamaliel Foundation	http://www.gamaliel.org/Foundation/foundation.htm	Die Gamaliel Foundation will ein machtvolles Netzwerk von Basisorganisationen, interreligiösen, quer zu den Rassen und multi-issue Organisationen sein, die zusammen arbeiten, um eine gerechtere und demokratischer Gesellschaft zu schaffen. Die Organisationen des Netzwerkes sind ein Vehikel für einfache Leute, effektiv an politischen, sozialen und ökonomischen Entscheidungen teilzuhaben, die ihr Leben bestimmen.
Chicago Rehab Network (CRN)	http://www.chicagorehab.org/who/who.htm	Eine stadtweite Koalition von nachbarschafts-basierten, non-profit Organisation zum Thema Wohnen, die dafür arbeitet, dass erschwingliches Wohnen in Chicago und der Region geschaffen und erhalten wird. Zur Koalition gehören etwa 45 sehr unterschiedliche größere und kleinere, regionale und landesweit arbeitende Organisationen aus dem Raum Chicago , z.T. aus dem Bereich des CO, zum Teil stärker aus der Stadtentwicklung. Besonders aktiv sind z.B. ACORN und die Coalition for the Homeless.
NTIC	http://www.ntic-us.org/about/about.htm	NTIC ist 1972 in Chicago von Gale Cincotta (siehe Nachruf), Shel Trapp, und Anne-Marie Douglas gegründet. Seine Mission ist, Basis-Führerschaft aufzubauen und Nachbarschaften zu stärken durch issue-basiertes Organizing
Southwest Organizing Project SWOP	http://www.woodstockinst.org/obredfimemo.pdf	SWOP gehört zu den vielen lokalen Organisationen in Chicago. In der hier aufgeführten Quelle vom 20.Mai 2002 setzt sich SWOP kritisch mit der Praktizierung der von der Organisation mit herbeigeführten Regulative zum Predatory Lending auseinander.
Nothwest Neigborhood Federation	http://www.ntic-us.org/employment/emp-northwest-neighborhood-federation-org.htm	In dieser Quelle ist eine Stellenanzeige von NNF zu finden. NNF ist eine multi-issue, non-profit- und nachbarschaftsbasierte Organisation, 1979 gegründet, zu ihr gehören sieben Nachbarschaftsorganisationen, neun Schulen und ein Altenzentrum. 32.000 Familien aus dem Nordwesten von Chicago werden von NNH repräsentiert.

Buchtipps:

Neuauflage des Buchs: Vereinspraxis. aktualisierte 2. Auflage

mit CD-Rom. Herausgegeben bei AG Spak und Stiftung Mitarbeit von Dieter Harant/ Ulrike Köllner vom Institut für Beratung und Projektentwicklung.

Gut strukturiert von Vereinsrecht/-Vereinsgründung über Steuern,Buchhaltung, arbeitsrechtlichen Fragen, Versicherungsfragen .Außerdem gibt es Mustertexte auf der CD-Rom. Die Texte sind übrigens auch im Internet unter www.mitarbeit.de zu lesen. Dann kann man erst mal gucken, ob es sich lohnt, bevor man sich das Buch in den Schrank stellt! Zu bestellen ist das Buch über internet bei der Stiftung Mitarbeit aber auch im Buchhandel: ISBN3-928053-42-6-5.

Gemeinwesenarbeit- eine Chance der sozialen Stadtentwicklung

Stefan Gillich hat dafür gesorgt, dass es die Dokumentation der letzten GWA Werkstatt im Burckhardthaus, Gelnhausen ('Nov. 2001) nun in Buchformat zu lesen gibt. Für Euro:14.90 kann man/frau vom Einstiegsreferat von Buttterwegge zum Thema: "Globalisierung, Krise des Sozialen und die Zivilgesellschaft" bis hin zu den einzelnen Arbeitsgruppen alle Beiträge nachlesen.
Man kann es auch beim Burckhardthaus direkt bestellen.

ISBN 3-89774-236-5, Gelnhausen, TRIGA Verlag OHG, Stefan Gillich(Hg)

Michael Rothschuh: „Theorien der Veränderung"- eine notwendige Basis für die Evaluation der sozialen Stadtteilentwicklung?

Zum Ansatz des ASPEN-INSTITUTS einer „theoriebasierten Evaluation von Initiativen der Community"

In der höchst umfangreichen Internetdarstellung des Deutschen Instituts für Urbanistik zum Programm „Soziale Stadt" (www.sozialestadt.de) kommt das Wort „Praxis" in 994 Dokumenten vor, das Wort „Theorie" in vier Dokumenten: 1 x abwertend, 1x als Quellenangabe, 2x als Überschrift über ein Tagungsreferat.
Braucht man Theorien, um die Wirksamkeit von Vorhaben sozialer Stadtteilentwicklung zu erfassen?
Sieht man sich in Berichten über Stadtteilprogramme um, so erscheint dies nicht als zwingend. „Erfolg" ist dort oft dadurch bestimmt, dass ein Angebot reibungslos läuft und Zuspruch findet, problematisch das, was das eigene Handeln einschränkt (fehlende Mittel, fehlende Zeitdauer). „Es geht aufwärts- aber es muss noch mehr geschehen", ist kurz gefasst das Resümee z.B. in den meisten Berichten der Modellgebiete der Sozialen Stadt, wie sie in der „ersten Bilanz" des Bund-Länder-Programms, 2002, veröffentlicht sind (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik, 2002). Woran man genau erkennen oder gar messen kann, was „aufwärts" heißt, oder was das Fortführen einer „Abwärtsspirale" ist, wird kaum bestimmt.

In Amerika gibt es eine lange Tradition der sozialen Stadtteilentwicklung, des Community Building und Development, beginnend mit den Settlement Houses und des Gesellschaften für Community Development im 19.Jahrhundert (vgl. Connell/ Kubisch 1998); eine seit etwa zehn Jahren bestehende Form sind die **Comprehensive Community Initiatives** (CCI), die ähnlich wie die Programme der „Sozialen Stadt" umfassend angelegt sind auf Partizipation der Bewohner, soziale Beziehungen, Wirtschaft, Bildung, Wohnen und Wohnumfeld, Freizeit und Kultur, sowie Umwelt (vgl. zu den CCI's Smock 1997 und Hess 1999). Anders als die hiesigen Programme gehen sie aber vorwiegend von örtlichen Institutionen des Dritten Sektors aus, wie z.B. Kirchen, Bürgerorganisationen und Initiativen, durchaus mit Unterstützung von Stadt und Staat. CCIs sind bestimmt durch:

- Wertschätzung der lokalen Kenntnisse und der Partizipation von der ersten Zielbestimmung an über die Evaluation bis hin zur Veränderung der Taktik,
- die Bildung von Kapazität auf dem Nachbarschafts-Level für einen kontinuierlichen Prozess der Stärkung der Community,
- die gezielte Bildung von „sozialem Kapital" und
- Werte wie soziale Gleichheit, ökonomische Gerechtigkeit, Respekt für die Aktiva, die Assets der Community, ihre Kultur und Geschichte (Connell/ Kubisch 1998).

Die CCI's sind schon des längeren Gegenstand von Evaluationen, weil sie auf private Stiftungen angewiesen sind, die sie immer wieder davon überzeugen müssen, dass das Geld sinnvoll ausgegeben ist.
Für diese Evaluationen wird - in den USA, wo wir vielleicht eher theorielosen Pragmatismus vermuten!- zunehmend eine „theory of change"[4] gefordert, die jeweils die Grundlage für Evaluationen bilden müsse. Dabei ist es nicht die „große Theorie" wie unsere Gemeinwesenarbeitstheorien der 70er Jahre, bei der GWA auf eine mehr oder weniger wundersame Weise zu einer Umgestaltung der ganzen Gesellschaft führen sollte, sondern eine Theorie im „kleinen Rahmen"; es geht um die systematische und kumulative Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Zielen, Handlungen und Ergebnissen und dem äußeren Kontext (Connell/Kubisch 1998).
Und noch eines unterscheidet die hier geforderten „Theorien" von der Großtheorie der 70er: Sie zeichnen sich nicht durch schwere Verständlichkeit aus oder dadurch, dass sie den „Akademikern" vorbehalten sind, sondern im Gegenteil: Weil alle Beteiligten an einem Projekt, also auch die Bewohner eines Stadtteils, Vorstellungen davon entwickeln, mit welchem Handeln man vom Ziel zum Ergebnis kommt, und insofern „Theorien" bilden, sind die verschiedenen Theorieproduzenten prinzipiell gleichwertig und sitzen deshalb gemeinsam an einem „runden Tisch".
Ich möchte den grundsätzlichen Ansatz, den das „ASPEN-Institut" entwickelt hat, vorstellen, ohne hier die vielfältigen Präzisierungen, die der Ansatz in den vorgelegten Texten umfasst, mit berücksichtigen zu können.

Das ASPEN- Institut

Das ASPEN Institut ist 1950 gegründet als „ein globales Forum zur Anhebung der Fähigkeit von Führungspersonen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern" (http://www.aspeninst.org/about/index.html). In Aspen in Colorado, so heißt es in der Selbstdarstellung, habe man einen schönen Platz gefunden, wo sich Denker, Führungspersonen, Künstler und Musiker zum Dialog treffen können, wie z.B. Albert Schweitzer, Ortegy y Gasset, Thornton Wilder and Artur Rubinstein. Heute gibt es das ASPEN-Institut auch z.B. in Chicago, Washington DC, Frankreich, Italien, Japan und Deutschland (www.aspenberlin.org).
1992 wurde der „Runde Tisch" (http://www.aspenroundtable.org) für Comprehensive Community Initiatives gegründet, an dem Sponsoren von Stiftungen, Direktoren von Organisationen, Evaluierende, und Offizielle aus dem öffentlichen Sektor zusammen arbeiten.
Zur Evaluation von Communiy – Initiativen hat das ASPEN-Institut 1995 und 1998 zwei Bände herausgegeben.

[4] Weil es um eine Handlungstheorie geht, übersetze ich mit „Theorie der Veränderung" und nicht „Theorie des Wandels".

Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie

Im ersten Band von 1995 stellt Carol Hirschon Weiss ihren Aufsatz unter dem programmatischen Titel: „Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie- Erfahrungen mit der theorie-basierten Evaluation von umfassenden Community- Initiativen für Kinder und Familien". Eine Evaluation sollte auf einer Analyse der „Programm-Theorie" beruhen, weil

- damit die Evaluation auf die Schlüsselaspekte des Programms konzentriert wird,
- die Aggregation von Evaluations- Ergebnissen eine breitere Basis für theoretische und programmatische Kenntnisse schafft und damit über das jeweilige Programm hinaus von Nutzen ist,
- die Praktiker des Programms damit aufgefordert sind, ihre Annahmen explizit zu machen und Konsens mit ihren Kollegen über Inhalte und Begründungen des Handelns zu erreichen, und
- Evaluationen auf der Grundlage von den theoretischen Annahmen, die in dem jeweiligen Programm eingebettet sind, mehr Einfluss auf Politik und öffentliche Meinung haben können.

Unter „Theorien" wird hier ein zusammenhängender Komplex von Annahmen verstanden, die einem Programm zugrunde liegen und nunmehr explizit und damit überprüfbar gemacht werden sollen, wie beispielsweise die Annahmen:

- „ein effektives Programm erfordert die Einbeziehung der lokalen BürgerInnen";
- „städtische Nachbarschaften sind geeignete Einheiten für die Programme";
- „Nachbarschaftsaktionen werden das Ziel der Initiative erreichen";
- „Dienste für Erwachsene bringen Nutzen auch für die Kinder", usw..

Entwicklung der theorie-basierten Evaluation von CCI

1998 stellen Connell, Kubisch und Fulbright-Anderson im 2. Band fest, dass der Ansatz einer theoriebasierten Evaluation inzwischen bei Geldgebern, Evaluierenden und Praktikern populär geworden sei. In diesem Band werden Vorstellungen zu einer theorie-basierten Evaluation präziser gefasst und die Probleme ihrer Realisierung in den Blick genommen (zum folgenden Connell/ Kubisch 1998)
Die **Probleme** liegen vor allem in folgenden Faktoren:

- Horizontale Komplexität: es sind vielfältige Sektoren angesprochen (sozial, ökonomisch, politisch usw.) sowie zudem deren angestrebte Synergie;
- Vertikale Komplexität: Individuen, Familien, Community, Organisationen, System;
- Die inhaltliche Bestimmung von „Community Building": gestärktes „soziales Kapital", empowerte Nachbarschaften;
- Kontext: Ziel ist, externe politische, ökonomische und andere Bedingungen in den Rahmen einzubeziehen, obwohl man wenig Macht hat sie zu beeinflussen.
- „Sättigung" der Community: Da man alle Mitglieder einer Community erreichen will, kann man keine „Kontrollgruppe" bilden, wie es sonst in der empirischen Sozialforschung üblich ist[5].

Eine **„gute Theorie der Veränderung"** soll folgende Kriterien erfüllen:

- sie soll plausibel sein,
- sie soll handhabbar (doable) sein,
- sie soll überprüfbar sein.

Sie wird vom zeitlich letzten Ziel zum jetzigen Zeitpunkt aufgestellt, also quasi zeitverkehrt:

1. Langfristige Ergebnisse
2. Vorletzte Ergebnisse
3. Mittlere Ergebnisse
4. Baldige Ergebnisse
5. Anfangsaktivitäten
6. Auflistung der notwendigen Ressourcen

ZEITABLAUF

Wenn der Prozess einer Spezifikation der Theorie beginnt, wird es schnell deutlich, dass verschiedene Teilnehmer in der Initiative unterschiedliche Sichtweisen haben über das langfristige Ziel der Initiative; die Akteure – Professionelle, Laien, Institutionsvertreter, Bürger usw. – arbeiten mit verschiedenen und oft miteinander in Konkurrenz stehenden „Theorien" gleichzeitig. Es geht nicht darum, diese Ausgangspunkte zu eliminieren, sondern um die Frage: Wann ist die CCI robust genug, um die Unterschiedlichkeit der Teilnehmer-Theorien in eine Gesamttheorie zu integrieren?
Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe, die verschiedenen Theorien in Einklang zu bringen, zu versöhnen (reconcile), um gemeinsame Schritte gehen zu können (Ressourcenbildung, Anfangsaktivitäten usw.).

Aktivitäten und Ergebnisse messen

In jeder Evaluation müssen Ergebnisse und Aktivitäten in beobachtbare Maßstäbe übersetzt werden. Wie wissen wir, dass eine Intervention oder ein Programm realisiert ist, und wie messen wir seine Ergebnisse? Drei Themen des Messens treten auf, die spezifisch sind für eine Evaluation auf der Basis einer Theorie der Veränderung:

- Das Messen von den Aktivitäten einer CCI ist ebenso wichtig wie das Messen von ihren Ergebnissen: Erforderlich sind Tests der Verbindungen zwischen den Aktivitäten einer Initiative und den erwarteten Ergebnissen sowie Überlegungen über kausale Beziehungen, auf allen zeitlichen Stufen und allen Ebenen.
- Die Diskussion um die Maßstäbe muss das Thema lösen: Wie viel „gut" ist „gut genug"? Leistungsstandards müssen gesetzt werden für die Ergebnisse.

[5] Dieses wird aber von den AutorInnen der einzelnen Beiträge unterschiedlich gesehen.

- Der Entstehungs- und Artikulationsprozess einer Theorie der Veränderung sorgt für wichtige Informationen über das Messen von Aktivitäten und Ergebnissen: Wenn in frühen Stadien der Evaluation die Zusammenarbeit etabliert ist, kann dies die Zusammenarbeit der Teilnehmer mit dem Evaluierenden sichern.

Ein schlüssiges Argument zu finden, ob eine CCI gewirkt hat oder nicht, bleibt problematisch Je mehr die Ereignisse, die von der Theorie vorausgesagt sind, tatsächlich stattfinden, desto mehr Vertrauen können die Evaluierenden und andere haben, dass die Theorie richtig ist.

Die Tugend der Spezifität in der Evaluation

Susann Philibber (1998) stellt die Praxis einer theoriebasierten Evaluation vor. Ein Ausgangsproblem ist, dass im Bereich der Humandienstleistungen das Nachdenken über die Ergebnisse heikel ist: In der Tradition „der guten Taten" sind die Dienste traditionell focussiert allein auf das TUN. Die Dienstleister werden oft belohnt für hohe Klientenzahlen und Service-Einheiten, mehr als für die produzierten Ergebnisse. Dies produziert eine Mentalität, die sich sehr unterscheidet vom Geschäftsleben. Ein Fuhrunternehmer wird weder die Frage nach einem klaren Ziel noch nach dem auf der Landkarte ersichtlichen Weg zum Ziel für unangemessen erklären, nach dem Motto: „Hauptsache, ich bin unterwegs".

Dass die Anbieter von humanen Dienstleistungen ein klares Statement über die zugrunde liegende Theorie der Veränderung abgeben, ist ein notwendiges Vorspiel zur Evaluation.

Der Theorieentwurf ist aber nur der Ausgangspunkt: er macht noch keine Entscheidungen über Maßstäbe, ausgewählte Samples oder sichert gute Forschungspraxis. Eine gute Theorie ist also kein Ersatz für eine sichere Kausalanalyse.

Wie kann eine konkrete Theorie der Veränderung entwickelt werden?

„Wir beginnen mit zwei Fragen:

1. Was macht ihr hier genau? Erzählt, welche Leistung ihr liefern wollt, für wen und wann?
2. Was erwartet ihr, was in kurzer Zeit passieren soll und in längerer Zeit als ein Ergebnis von dem was ihr liefert? Erzählt bei wem das geschehen soll und wann."

Diese Fragen betreffen den PROZESS und die ERGEBNISSE des Programms.

Wenn die Fragen beantwortet sind, wird die daraus resultierende Theorie der Veränderung aufgeschrieben:

PROZESS	KURZFRISTIGE ERGEBNISSE	LANGFRISTIGE ERGEBNISSE

Die Beschäftigten für ein Programm können uns nicht erzählen, dass sie intendieren, „die Jugend entsprechend ihrem vollen Potenzial zu entwickeln", ohne gefragt zu sein, wie wir erkennen, was ein voll entwickelter Jugendlicher ist.

Philliber stellt ihr Vorgehen an mehreren Beispielen dar, bei denen Interventionen und Ergebnisse mehr oder weniger auseinanderfallen. „Wenn da ein sehr großer Graben zwischen den Interventionen und den angestrebten Resultaten ist, nennen wir diese ‚Grand Canyon Modell'. „Die Rolle des Evaluierenden ist weder, etwas direkt aufzudrängen, noch etwas in Isolation von den Partnern des Programms zu tun. Er wird vielmehr Ermöglicher, Zuhörer, und Partner der Beteiligten. Das heißt aber nicht, dass er weniger ‚objektiv' ist. Die Regeln der Evidenz für einen Erfolg des Programms ändern sich nicht."

Weitere Beiträge

dieses Bandes befassen sich u.a. mit der **Rolle der Evaluierenden**, den Erfahrungen mit der Anwendung einer Evaluation, die auf einer Theorie der Veränderung beruht, in einer Reihe von **Fallbeispielen** sowie Themen des **Messens**, der **Analyse** und der **Kausalität.**

Insgesamt orientieren sich die Autorinnen und Autoren einerseits an klassischen wissenschaftlichen Standards, andererseits spielt die besondere Verpflichtung gegenüber den Akteuren eine besondere Rolle. Evaluation auf der Basis von Theorien der Veränderung soll selbst einen aktiven Beitrag zur Veränderung leisten und zugleich Grundlage sein, für bessere Praxis mehr zu lernen.

Aufgaben von Handlungstheorien in der sozialen Stadtteilentwicklung

Auch den vielen Programmen und Projekten der Sozialen Stadtteilentwicklung in Deutschland liegen Annahmen zugrunde, bei denen es sich lohnen würde, sie explizit und überprüfbar zu machen, dazu einige Beispiele:

- „es gibt verlässliche Kriterien, welcher Stadtteil einen besonderen Entwicklungsbedarf' hat und welcher nicht";
- „ein Stadtteil kann ‚umkippen'",
- „das Zusammenleben in einem Stadtteil wird verbessert, wenn er die geballte Aufmerksamkeit aller Ämter und Einrichtungen bekommt (Bündelung der Ressourcen)",
- „eine ‚Durchmischung' eines Stadtteils bringt bessere Lebensbedingungen als eine ‚Zusammenballung' von Menschen mit ähnlicher sozialer Lage",
- „je mehr soziale Angebote gemacht werden, desto besser können sich die Beziehungen zwischen den Bewohnern entwickeln",
- „ein Stadtteil kann ‚Modellgebiet' für andere sein" versus – die oft gleichzeitig gemachte Annahme:

- „was in einem Stadtteil funktioniert, kann nicht auf einen anderen übertragen werden".

Wir erfahren in den Projektberichten selten, was sich wirklich für wen konkret geändert hat, woran man das erkennt, und in welchem Verhältnis dies zu den ursprünglichen Zielen steht. Und oft noch weniger, welche Annahmen über den Zusammenhang zwischen Aktivitäten und Ergebnissen bestehen und wie dieser Zusammenhang überprüft wird.

Natürlich gibt es auch bei uns sehr sorgfältig erarbeitete Evaluationen, wie sie z.B. vom nordrhein-westfälischen Institut für Stadtentwicklungsforschung betrieben werden (vgl. Austermann/ Zimmer-Hegmann 2000 und Tagungsankündigung 2002), aber auch sie sind nur sehr begrenzt auf den „sozialen" Aspekt zugeschnitten, auf die Frage, was denn das soziale Gefüge eines Stadtteils oder einer Nachbarschaft- d.h. die „Community" - stärkt und woran man das erkennt.

Vor allem können wir von dem Ansatz des ASPEN-Instituts lernen, dass eine Evaluation auf der Basis von einer oder vielmehr von vielen differenzierten Theorien der Veränderung, ein ständiger gemeinsam mit den Akteuren geschehender, unterstützender Prozess sein kann.

Literatur (Internet-Quellen überprüft 14.-16.7. 2002)

Texte des ASPEN-Instituts:

Voices from the Field: Learning from the Early Work of Comprehensive Community Initiatives , 1997 http://www.aspenroundtable.org/voices/index.htm

New Approaches to Evaluating Community Initiatives, Band 1: Concepts, Methods, and Contexts, veröffentlicht 1995 Edited by James P. Connell, Anne C. Kubisch, Lisbeth B. Schorr, and Carol H. Weiss, Washington, DC 20036 , Published in the United States of America in 1995 by The ASPEN Institute http://www.aspenroundtable.org/vol1/index.htm,

darin besonders: Carol Hirschon Weiss: Nothing as Practical as Good Theory: Exploring Theory-Based Evaluation for Comprehensive Community Initiatives for Children and Families

New Approaches to Evaluating Community Initiatives, Edited by Karen Fulbright-Anderson, Anne C. Kubisch, and James P. Connell Band 2: Volume II: Theory, Measurement, and Analysis , www.aspenroundtable.org/vol2/index.htm, veröffentlicht 1998 by The ASPEN Institute,

darin besonders: Anne C. Kubisch/ Karen Fulbright-Anderson/ and James P. Connell: Evaluating Community Initiatives: A Progress Report

Connell/ Kubisch: Applying a Theory of Change Approach to the Evaluation of Comprehensive Community Initiatives: Progress, Prospects, and Problems

Susan Philliber: The Virtue of Specificity in Theory of Change Evaluation

Weitere US- Texte zu den CCIs sowie der Evaluation

Kristina Smock Comprehensive Community Initiatives, 1997: A New Generation of Urban Revitalization Strategies, http://comm-org.utoledo.edu/papers97/smock/cciweb2.htm, 3.7.02
Darstellung des Entstehens und der Entwicklung der CCIs

Douglas R. Hess, 1999: Community Organizing, Building and Developing:
Their Relationship to Comprehensive Community Initiatives
comm-org.utoledo.edu/papers99/hess.htm
Darstellung der Beziehung von Community Organizing, Buildung Development zu den CCIs; er plädiert dafür, dass die CCIs stärker Ansätze der verwandten Bestrebungen, insb. des CO mit einbeziehen, um wirklich „comprehensive", d.h. umfassend zu sein.

Association for the Study and Development of Community, Washington, 2001: Principles for Evaluating Comprehensive Community Initiatives, www.capablecommunity.com/pubs/NFCVP062001.pdf
Aufgrund von Interviews mit erfahrenen Evaluierenden werden anschaulich Prinzipien eine partizipativen Evaluationsansatzes formuliert.

American Evaluation Association Collaborative, Participatory, and Empowerment Evaluation, 2001: Evaluation Issue http://www-leland.stanford.edu/~davidf/empowermentevaluation.html ,

Evaluation, The International Journal of Theory, Research and Practice, Volume 05 Issue 03, 1999, www.sagepub.co.uk/frame.html?http://www.sagepub.co.uk/journals/details/issue/j0137v05i03.html